RUB Bochum
Inst. z. Gesch.
d. Arbeiterbew.
SZD 3409



NUMMER 2 - JUNI 1976 • PREIS: S 5.-/ DM 0.7o

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

permanente revolution

ZENTRALORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA

PORTUGAL: GEGEN REFORMISMUS - EIN PROGRAMM DER REVOLUTION

Für die Maoisten liegt die Sache klar. Die "Volkskämpfe" sind in einem ständigen Aufschwung begriffen und auch die Bauernbewegung stellt sich endlich auf "eigene Füße". Die nun fast zweijährige Erfahrung eines harten Klassenkampfes hat das Bewußtsein gehoben ... Auch die Bewegung der Bauern ist in den letzten Wochen zunehmend selbständiger geworden, entgleitet immer mehr der Kontrolle der Faschisten." ("Klassenkampf"-April 1976). So einfach geht das - die Massen lösen sich zügig von ihren alten Illusionen; der Sieg des "Volkes" ist gewiß. Der solcherart begeisterte Leser wird allerdings vergeblich nach Erklärungen suchen, wie es denn nun zu jener Wende im portugiesischen Klassenkampf gekommen ist.

Liegen etwa in der fortwährenden Verratspolitik der Sozialdemokratie und des Stalinismus, oder in der Unfähigkeit der "extremen Linken", d.h. im Fehlen einer revolutionären Partei die Ursachen dafür, daß sich das Bewußtsein der ausgebeuteten Klassen in revolutionäre Höhen schwingt? Es fragt sich weiter, was von der maoistischen Vorstellung der "selbständigen Bauernbewegung" angesichts eines in seiner Mehrheit zersplitterten Proletariats zu halten ist - ohne revolutionäre Führung, ohne revolutionäre Perspektive? Aber es gibt doch die "PCP-R" (mit ihrer "Front", der UDP - "Demokratische Volksunion")! Hören wir uns deren Alternative an; "Faschismus oder Revolution ist der Kompaß (!), der uns leiten muß. Er zeigt den Hauptfeind und das Mittel (!), ihn zu schlagen." (Politische Resolution, 27. 12. 1975)

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Portugal: Gegen Reformismus - ein Programm der Revolution...... 1
Feinde der Vierten Internationale?................. 2
Der 1. Mai in Wien..............10
Für proletarische Demokratie.....13
Offener Brief an alle Organisationen der Arbeiterbewegung....15
Wehrgesetznovelle: Aufrüstung gegen die Arbeiterklasse!.......19
Fusionsresolution...............23
Eine notwendige internationale Initiative.......................26
Argentinien: Bankrott von Reformismus und Zentrismus!..........30
Leb wohl, Genossin Ulrike!.......38

Feinde der IV. Internationale?

In der letzten Ausgabe der Monatszeitung der GRM 'rotfront', zieht diese Organisation anläßlich ihrer 2. nationalen Delegiertenkonferenz eine Bilanz.

Wenn wir auch erst in der nächsten Ausgabe der 'permanenten revolution' genauer auf diese Bilanz eingehen werden, so kann man schon heute sagen, daß die 'Korrektur' der politischen Ausrichtung der GRM darin besteht, daß das Anhängen an die 'Massenavantgarde'(also allem,was sich so'links' von SP und KP tummelt und sich irgendwie als 'links' versteht) ersetzt wird durch ein Anhängen an die 'Arbeitervorhut', die - so die GRM - in Österreich entstehen wird. Die Methode bleibt die gleiche, bloß das Kind hat einen neuen Namen bekommen.

Organisationen, die sich selbst als revolutionäre verstehen, wird man auch daran messen, wie sie zu ihren inneren Auseinandersetzungen, zu den Diskussionsprozessen innerhalb der eigenen Organisation Stellung beziehen, d.h. in welcher Art und Weise sie diese Auseinandersetzungen, bzw. deren Ergebnisse nach außen tragen. Die GRM steht hier völlig in der Tradition der reformistischen Bürokratien, die jede innerorganisatorische Opposition als 'feindlich' bezeichnen, womit es sich eben hat! Genau wie bei den Stalinisten jedes couleurs, die jede Opposition als 'bürgerlich' bezeichnen und meinen, damit die eigene Basis einschläfern zu können, wird in dem Artikel der 'rotfront' die nunmehr in der IKL organisierte Opposition diffamiert.

"In der Folge der Kampagne (gemeint ist die Nationalratskampagne der GRM, d. Verf.) war in der GRM eine Krise ausgebrochen, die in einer lebhaften und umfassenden Diskussion mündete. Ein politischer Klärungsprozeß setzte ein, der zum Ausscheiden von sektiererischen und der IV. Internationale feindlichen Strömungen führte, die nur eine verschwindende Minderheit der Organisation umfassten." ('rotfront' Nr. 5/76, Seite3). So einfach geht das. Hier zeigt sich die Verwandtschaft des Zentrismus mit dem Reformismus deutlich genug. Die Leser der GRM (man hofft ja, daß die 'Arbeitervorhut' bald zu diesen Lesern gehören wird und diese darf man ja bekanntlich nicht mit solchen 'Sachen' verwirren) erfahren zwar, daß es sich immerhin um 'Strömungen' handelte, aber da es ohnehin 'Feinde der IV. Internationale' waren, mag das Vaterland ruhig schlafen. Genau wie bei den Reformisten wird hier jede innerorganisatorische Opposition diffamiert, als unwichtig und 'sektiererisch' abgetan. Bloß, die Führung der GRM hat die 'Rechnung' ohne den Wirten gemacht, denn wir werden keine Gelegenheit versäumen, den 'Basismitgliedern' der GRM und den Lesern der 'rotfront' den politischen Inhalt dieser Auseinandersetzungen, die schließlich zur Spaltung führten, zu verdeutlichen.

Noch ein Wort zu den angeblichen 'Feinden der IV. Internationale'. Handelt es sich in diesem Falle um jene Organisation, die sich 'IV. Internationale' nennt, die heute einen föderativen Block darstellt, der in Portugal zwei sympathisierende Sektionen hat, die am 25. November 1975 auf verschiedenen Seiten der Barrikaden standen? Handelt es sich um <u>diese</u> 'IV. Internationale', die in Argentinien bis 1974 eine Organisation als ihre Sektion duldete, die offen Mao und Ho-Chi-Minh huldigte und den kleinbürgerlichen Guerillakampf praktizierte? Handelt es sich um jene 'IV. Internationale', die ebenfalls in Argentinien eine sympathisierende Organisation hat, deren Führer die peronistische Regierung 'ersuchten' doch auch den 'rechten Terror' zu 'bestrafen'? Wie? Es handelt sich um <u>diese</u> 'IV. Internationale'. Nun dann müssen wir allerdings gestehen: Ja, wir sind Feinde <u>dieser</u> 'IV. Internationale'!

SPARTACUS – FLUGSCHRIFT Nr. 2 Preis: 50Pf

MARXISMUS UND INDIVIDUELLER TERROR

Unglückliche Arbeiter und Bauern, die sich mit einem solchen Kompaß zurecht finden müssen!

Es liegt auf der Hand - die Maoisten wollen unermeßliche politische Sterilität mit euphorischen Hinweisen auf den portugiesischen Klassenkampf aufwiegen. Doch die aktuelle Situation richtet sich nicht nach diesen Märchen. Das portugiesische Proletariat befindet sich heute noch immer in der Defensive, es ist zersplittert und was am schwerwiegendsten ist, es besitzt keine politische Perspektive, von der es überzeugt wäre!

Ihrem Motto getreu, ihren Kampf zur Reformierung des Kapitalismus mit sozialistischen Phrasen zu garnieren, beschränken sich die traditionellen "Arbeiterparteien" samt ihren Flankendeckungen zur gleichen Zeit auf ökonomische Teilforderungen. "Aufhebung der Suspendierung der (für die Arbeiter günstigeren - d. Verf.) Tarifverträge" und eben Lohnforderungen, das war einige Zeit nach dem 25. November die "Leitlinie" der "Kommunisten". Es versteht sich von selbst, daß es der stalinistischen Bürokratie damit nicht so ernst war, betrieb sie doch vor den Wahlen wieder eine massive Antistreikpolitik, ähnlich der im Sommer 1974. Streiks seien "ein Plan der Reaktion mit der Absicht, zu verhindern, daß die Situation sich stabilisiert und daß die kommenden Wahlen unter den Bedingungen von Freiheit, Sicherheit und Ruhe abgehalten werden können." (ZK-Kommunique der PCP vom 19. März 1976) Diese Kollaborateure! Portugals Arbeiter wissen tausend Mal besser, warum ihnen kleine ermüdende, aussichtslose Streiks keine Besserungen bringen! Sie wissen, daß der wirtschaftliche Teilkampf allein keine ernsten Resultate erzielt, daß nicht einmal noch so kräftige Zugeständnisse der Bourgeoisie, wie am 13. November 1975 den Erfolg absichern. Jeder Arbeiter begreift, daß die gewerkschaftlichen Scharmützel für höhere Löhne in der Krise, mit hoher Arbeitslosigkeit und Inflation lediglich große Opfer einbringen können. Echte, andauernde Ergebnisse sind nur zu erreichen, wenn der Wille der Bourgeoisie gebrochen wird. Die Arbeiter verlangen nach einer großen Perspektive, auf deren Weg sich die ökonomischen Erfolge als, wenn auch ungemein wichtiges, Nebenprodukt einstellen werden. Heute gilt es die Massen in die Richtung zum Kampf um die Macht zu führen. Heute geht es in Portugal um entscheidende Fragen und um so mehr blickt das Proletariat auf seine Führer. Doch die haben außer reformistischem Plunder nichts zu bieten.

DIE AUFGABEN DER REVOLUTIONÄRE

Herstellung der Einheitsfront an Hand der zentralen Probleme: gut organisierte Demonstrationen zum Ausmerzen der faschistischen Banden; unermüdliche Propaganda für die Bewaffnung der Arbeiter, ununterbrochene Versuche, sie im Kampf gegen die Rechtsterroristen, bei jedem Streik, durch die Streikposten in die Tat umzusetzen; Kampf gegen den Krisenplan der Bourgeoisie mit Übergangsforderungen bis hin zur Zentralisierung der Arbeiterkontrolle; in diesen Auseinandersetzungen gegen die kapitalistische Offensive gilt es die Arbeiterkommissionen als echte Einheitsfrontorgane zu restaurieren, ihre und die der Gewerkschaften Aufgabenbereiche immer radikaler auszuweiten, schließlich in einem nationalen Arbeiterdeputiertenrat zu zentralisieren. Den Kampf gegen die SP und KP, gegen ihr Bündnis mit der Bourgeoisie führen, ihren Verrätereiendie Interessen der Arbeiterklasse gegenüberstellen, sie auffordern eine Arbeiterregierung zu bilden, einzig verantwortlich den Organen des Proletariats. Die Führer dieser Parteien müssen sich dabei demaskieren; genau geplante Aktionen zur Gewinnung der Soldaten, die Soldatenorganisationen müssen an die Arbeiterkommissionen angegliedert werden. Gegen die Agrarkrise, zusammen mit den Bauern ein Programm revolutionärer Maßnahmen ausarbeiten; die Streiks immer weiter ausdehnen, schließlich den Generalstreik organisieren; Kampf gegen den kapitalistischen Staat mit der Parole seines Sturzes - für die Arbeiter- und Bauernmacht! Das muß die 'Leitlinie' sein. Damit kann man auch die Mittelklassen gewinnen und der Reaktion entreißen!

Der 25. November war eine Niederlage für das Konzept 'Povo-MFA', für die 'apartido'-Tendenzen der Arbeitervorhut. Das euphoristische Vorgehen der zentristischen Organisationen, die in der FUR organisiert waren, hat eine klare und eindeutige Niederlage erlitten, die Arbeitervorhut ist politisch desorientiert. Wenn diese Arbeitervorhut auch all die Schwächen des Zentrismus aufweist, so war

und ist sie doch der fortgeschrittenste Teil der portugiesischen Arbeiterklasse, der Teil dieser Klasse, der entschlossen ist, aktiv gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu kämpfen - wenn auch auf einer falschen politischen Linie.

Die politische Perspektivlosigkeit der Arbeitervorhut übertrug sich auf die gesamte Arbeiterklasse, die heute zwar bereit ist, gegen den Sparplan der VI. Regierung zu kämpfen, - die letzten Monate zeigen auch ein deutliches Ansteigen der Streiks - der aber jede politische Perspektive fehlt. Aus diesem Grund versanden die Streiks um ökonomische Ziele auch nach relativ kurzer Zeit.

Aus dem ergibt sich die Aufgabe der Revolutionäre, der portugiesischen Arbeiterklasse eine politische Perspektive zu geben. Die Wahlen haben gezeigt, daß die Arbeiter wieder stärker an die reformistischen Parteien (SP und KP) gebunden sind. Der Bankrott des Zentrismus hat sie an die verräterischen Führungen gekettet. Von diesen (die sie als das 'kleinere Übel' ansehen) erwarten die Arbeiter zumindest eine Besserstellung ihrer Situation.

Die politische Perspektive der portugiesischen Bourgeoisie zeichnet sich deutlich ab: aufbauend auf den Erfolgen der 'demokratischen' Konterrevolution versucht sie die Desorientierung der Arbeiter dazu auszunützen, den Sparplan der VI. Regierung ganz durchzusetzen, die Lasten der Krise völlig auf den Rücken der Arbeiterklasse überzuwälzen. Die portugiesische Sozialdemokratie ist bei diesem Vorhaben wohl ein bedeutender Verbündeter der Bourgeoisie, längst aber nicht mehr die Speerspitze der Konterrevolution, die sie im Sommer 1975 war. Heute haben diese Rolle PPD und CDS übernommen. Die portugiesische Sozialdemokratie ist gerade wegen des organisierten Druckes, dem sie durch die Arbeiterklasse ausgesetzt ist, ein potentielles Risiko für die Bourgeoisie geworden. Das Entstehen eines linken Flügels (wenn auch noch nicht in organisierter Form) in der SP zeichnet sich bereits ab, die Differenzen gehen bis in die Parteispitze (siehe Agrarminister der SP).

Die Entwicklung des portugiesischen Klassenkampfes zeichnet sich damit ab: verstärktes Vorgehen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, Gegenwehr des Proletariats, die sich in den Reihen der reformistischen Parteien niederschlägt. Der Druck, den PPD und CDS ausüben, wird zur Bildung eines linken Flügels in der SP führen, die KP wird in der Opposition 'radikale' Phrasen dreschen und sich als Hüter der 'Revolution' aufspielen.

Vor diesem Hintergrund müssen die Revolutionäre die beiden reformistischen Parteien auffordern, mit der Bourgeoisie zu brechen und eine Arbeiterregierung zu bilden. Was bedeutet diese Forderung konkret?

Revolutionäre müssen heute den Arbeitern, die hinter den reformistischen Parteiführungen stehen sagen: Ihr seid bereit gegen den Sparplan der Regierung zu kämpfen. Wenn ihr das nicht nur in Worten, sondern auch in Taten seid, sind wir bereit mit euch zu gehen. Wir glauben, daß die Übergangsforderungen, die einzige Möglichkeit sind, die Interessen der Arbeiter zu wahren. Wir fordern daneben eure Parteiführungen auf, mit der Bourgeoisie zu brechen und die Regierung zu übernehmen. Diese Regierung darf sich aber nicht auf parlamentarische Organe stützen, sondern auf solche der Arbeiterklasse. Das Programm dieser Regierung sollen die Übergangsforderungen sein. Wir wissen, daß eure Führungen nicht bereit sind dies zu tun, daß sie es vorziehen werden, weiter mit der Bourgeoisie zu verhandeln und eure Interessen zu verraten. Wenn ihr kämpft, werden wir an eurer Seite stehen, ohne eure Illusionen zu teilen.

Nur eine solche Kampfperspektive kann erreichen, daß die portugiesische Arbeiterklasse ihre politische Desorientierung überwindet, daß aus dem ökonomischen Abwehrkampf eine politische Gegenoffensive wird und daß das Zurückgehen der Arbeiterkommissionen, sowie der anderen Räteansätze gestoppt und überwunden werden kann.

Die reformistischen Parteien auffordern, mit der Bourgeoisie zu brechen, und eine Arbeiterregierung zu bilden, die sich auf Kampforgane der Arbeiterklasse stützt, ohne gleichzeitig auch nur ein Fünkchen der Illusion in die verräterischen Führungen zu verbreiten - das ist die politische Linie auf der die Spaltung der Arbeiterklasse überwunden und die Einheitsfront der portugiesischen Arbeiterklasse gegen den Sparplan der Regierung hergestellt wird!

DOCH WAS MACHEN DIE "ARBEITERFÜHRER"?

Die Sozialdemokratie überwälzt selbst die Lasten der Kapitalisten auf die Schultern der Arbeiter. Der kapitalistische Krisenplan wurde unter ihrer maßgeblichen Mitarbeit erstellt. Die Stalinisten schwanken zwischen offenen und versteckten konterrevolutionären Maßnahmen. Brechen einmal Streiks im Namen der kapitalistischen Demokratie, um gleich darauf im Namen des "Sozialismus" die Arbeiter in opfervollen Auseinandersetzungen leerlaufen zu lassen.

ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN
THEORETISCHES ORGAN DES SPARTACUSBUNDES
SONDERAUSGABE
Inhalt:
Spartacusbund: Die IV. Internationale wiederaufbauen!
Interview mit einem Genossen der ehemaligen SAP (der 30er Jahre)
Revolutionary Communist Group: Die Frage der Internationale.

Und die Spitzen der "extremen Linken"? Ihre Organisationen haben sich spätestens am 25. November hoffnungslos kompromittiert und nichts davon gelernt. Maoisten und Zentristen halten im wesentlichen an ihrem Sektierertum fest. Eine deutlichere Niederlage ihrer 'Räte', an denen Arbeiter anderer politischer Überzeugungen nicht teilnehmen durften, konnte es nicht geben. Und dennoch organisieren sie weiter "ihre" eigenen Demonstrationen (z. B. von UDP und PCP am 16. Jänner 1976).

Ändern sie ihre Politik dennoch, etwa wie die LCI (sympathisierende Sektion des "Vereinigten Sekretariats" in Portugal), so ergänzen sie einen Opportunismus - nämlich den gegenüber der KP - durch den anderen: den gegenüber der Sozialdemokratie. Unsere Kritik an der LCI ist eine scharfe aber eine solidarische. Die volle Verantwortung für deren Versagen trägt allerdings die Führung des "Vereinigten Sekretariates"! War es etwa nicht Ernest Mandel persönlich, der das FUR-Desaster eingeleitet hat (vgl. seine Rede in Lissabon im Frühjahr 1974), um später genau so scheinheilig zu kritisieren? Ist es nicht dieses ach so wenig "Vereinigte Sekretariat", das tunlichst darüber hinwegtäuschen will, daß sich am 25. November seine beiden Organisationen in Portugal - LCI und PRT - auf verschiedenen Seiten der Barrikaden befunden haben, wenn es in der 'inprekorr' überhaupt deren Namen erwähnt? Und ist es heute nicht dieselbe "4. Internationale", die die LCI-Attitüden stupid beklatscht, wenn diese sich prinzipienlos mit der PRT vereinigen wollte, ohne auch nur mit einem einzigen Wort auf die reaktionäre Rolle der PRT am 25. November einzugehen oder wenn im LCI-Wahlmanifest zu lesen ist: "So wäre es möglich eine Arbeitereinheitskanditatur zu unterstützen, selbst wenn diese Kandidatur nicht die Gesamtheit (!) des revolutionären Programms repräsentiert: Es würde genügen, daß es das Minimum (!) an Unabhängigkeit garantiert um ein Einheitsprogramm herum."

Jedem bewußtem Arbeiter müßte klar sein, welche ungeheuren Möglichkeiten bestanden haben und ungenützt geblieben sind - die gewaltige Kampfkraft der Arbeiterschaft im November beweist es. Gerade die sind zur Verantwortung zu ziehen, die sich "Trotzkisten" nennen und den Trotzkismus diskreditiert haben!

Noch einmal: Es ist ein Trugschluß zu glauben, daß die Radikalisierung der Massen, gerade in der heutigen Situation von selbst und automatisch zunehmen wird. Ohne revolutionäre Partei werden die Arbeiter nicht imstande sein, sich vom Reformismus zu lösen. Ja im Gegenteil, begeisterungslos werden sie sich ihm anpassen und einer Katastrophe entgegensteuern.

DER 25. NOVEMBER

Die heutige Schwäche des portugiesischen Proletariats deutet sich bereits im Mai 1975 an, als sich seine Spaltung zu einer den ganzen Klassenkampf bestimmenden Tatsache entwickelte. Den krassesten Ausdruck fand sie im Verlauf der Novemberereignisse. Mit einer gigantischen Kampfkraft drückte die Arbeiterklasse die Bourgeoisie noch einmal zurück, untergrub deren Repressionsapparat und beim Bauarbeiterstreik am 13. November stellte sich unmittelbar die Machtfrage. Während diese Kraftprobe nach einer Einheit der Arbeiterklasse verlangte, während sich die Rechte zum Putsch vorbereitete,

jede Stunde mehr die Ausweitung der Aktionen, schließlich den Generalstreik und die Bewaffnung der Arbeiter notwendig machte, begnügten sich die Sieger mit einer Freudenfeier und gingen nach Hause! Diese organisatorische und politische Schwäche mußte bezahlt werden. Ihr entwuchs das schon verloren geglaubte geeinte Auftreten der Bourgeoisie - trotz aller Prognosen von PRP/BR und MES. Die Kapitalisten mobilisierten die Kommandos von Amadora, die jenen Plan ausführten, den sie Monate vorher schon vorbereitet hatten!

SP und Kp tragen für diese Niederlage die Hauptschuld! Ihre Politik stärkte das Selbstvertrauen der Bourgeoisie und die Initiativkraft der Rechten. Die PSP organisierte am 23. November 1975 in Porto gemeinsam mit den Bürgerlichen eine Demonstration, deren Spitze gegen die Errungenschaften der Revolution gerichtet war. PSP und PCP sind die Konstrukteure jener Putschatmosphäre, in der "linke" Organisationen wie PRP/BR und MES aufblühen konnten, sie haben die Schuld, daß sich das Problem der "Julitage" derart ungünstig für das Proletariat entpuppte.

Um sich hiebei über einen "Linksputsch" zu mokieren, dazu muß man schon Arbeiterverräter oder Bankrotteur vom Schlage der Minderheitstendenz im "Vereinigten Sekretariat" sein. Total degeneriert ist jene "Internationale", die solche Organisationen besitzt!

Nein! Man durfte nicht "neutral" bleiben, als handelte es sich um den "Kampf zweier konterrevolutionärer Kräfte, die nicht gewählt sind ..." (siehe PRT-Positionen), sondern konsequent "auf der Seite der Vorhut stehen, auch wenn sie Fehler macht, kann nicht bedeuten, in Defaitismus zu verfallen oder gar - wie die KP - den Soldaten in den Rücken zu fallen. Verbunden mit der Mobilisierung der Arbeiter zur Selbstverteidigung mit den Fallschirmjägern den organisierten Rückzug organisieren, um die Kräfte neu zu sammeln und die Basis der Gegenwehr zu verbreitern, hätte die Chance vergrößert, der Provokation der Reaktion die Spitze abzubrechen, Zeit zu gewinnen." (SPARTACUS, Nr. 23)

Nicht anders als lahmarschig muß man jene Stellen des "inprekorr" Nr. 57 bezeichnen, wenn sich die Mehrheitstendenz im "Vereinigten Sekretariat" zu einem Urteil über die Ereignisse des 25. November aufschwingt: "Die Arbeiterklasse trat auf der Stelle; der schroffe Wandel der politischen Situation und der Bedingungen für ihre Mobilisierungen desorientierte sie und die reformistischen Parteien, die entweder wie die SP die Kommandos zur Intervention aufgefordert, oder wie die KP sich den militärischen Entscheidungen gebeugt (!!) haben, ließen sie ohne Alternative." Schleimige, hinterhältige Niederlageverhandlungen mit der Regierung am 13. November hinter dem Rücken der Bauarbeiter, Boykott, um den Streik an seiner Ausdehnung über den Lissaboner Raum zu hindern, die spätere Hetze auf die "Chaoten" usw. alles das gilt ab jetzt als "Beugen vor militärischen Entscheidungen"?

Der Niederlage folgte die kapitalistische Offensive. "Eingefrorene" Löhne bei 30 % Inflation. 15 und mehr Prozent Arbeitslose, Säuberungen im Unterdrückungsapparat, Rücknahme vieler Errungenschaften der Revolution. Die Bourgeoisie konnte wieder offen mit dem Konkurs drohen und die Arbeiter zur Aufgabe zwingen. In der Metall- und Bauindustrie (!) gelang es ihr die Front zu zersplittern und ihre Ziele durchzusetzen. Die Regierung begann im größeren Maßstab die illegalen Landbesetzungen rückgängig zu machen usw.

Das Proletariat nahm bis auf einige Ausnahmen (Kämpfe bei der Handelsschiffahrt gegen die Einfrierung der Tarifverträge und bei der Post für die 40-Stundenwoche; am 17. Jänner 1976 demonstrieren 30 000 auf einer von KP-Stalinisten veranstalteten Großkundgebung; der Streik bei Timex im Februar ...) diese Schläge apathisch hin und erst mit dem März regte sich auf breiterer Ebene wieder Widerstand. Streiks in den Transportbetrieben, in der Bauindustrie, Kämpfe im Öffentlichen Dienst usw.

Doch während die Reformisten die Lage "beruhigen" wollen und überall, wo es geht, den langsam sich reorganisierenden Kämpfen der Arbeiter die Spitze brechen, wappnet sich das Großkapital für die kommenden Klassenauseinandersetzungen. Es enthaftet PIDE-Agenten, baut seine paramilitärische Einheiten wieder auf, selbst alte Henker der offenen Diktatur werden "befreit": unter vielen anderen auch General Kaulza d'Arriaga, der an einem Rechtsputsch gegen Caetano (!) führend beteiligt war.

Die Großbourgeoisie weiß zwar, daß die Gefahr der Revolution einstweilen vorüber

ist - doch auch, daß dies nicht so bleiben wird. Heute schon schickt sie ihre faschistischen Banden auf die Straße und, was die Lage am deutlichsten dokumentiert, sie können sich auch behaupten. Arbeiterveranstaltungen werden mit Bomben bedroht, Lokale der Arbeiterorganisationen in die Luft gesprengt. Die PCP z.B. muß sich in manchen nördlichen Städten in den Untergrund begeben und andererseits kann der CDS in Gebieten, in denen er früher nicht einmal Versammlungen durchführen konnte, unbehelligt provozieren. Die politische Szene hat sich eindeutig nach rechts verschoben.

Die Bourgeoisie verfügt angesichts der Stagnation im Klassenkampf noch über eine "demokratische Volksmehrheit". Doch die Zeit arbeitet nicht unbedingt für das Proletariat. Die nächsten Monate können die Gefahren für das portugiesische Proletariat gewaltig erhöhen. Die potentiellen Kräfte der Revolution übersteigen die der Reaktion noch um das Vielfache. Wehe, wenn sie nicht genützt werden!

Wie nicht anders zu erwarten war "paßt sich die KP der revolutionären Entwicklung an und zückt die "Verfassung", die "eine solide Schranke (!) gegen die Rückkehr der Reaktion an die Macht" sei. (NZZ, 6. April 1976) Die PS wiederum will mit Gebrülle allein die Reaktion zurückdrängen: die PPD sei "eine Partei, die noch reaktionärer gegen die Demokratie eintrete, als der CDS, der seine Absichten wenigstens nicht versteckt." (Soares am 11. März 1976) Nein! Ihre demokratische Borniertheit ist keine Dummheit, sondern lediglich Ausdruck des Widerspruches, die bürgerliche Ausbeutung - gestützt auf die proletarischen Massen und deren Schwächung aufrecht erhalten zu müssen.

Erneut präsentieren sie ihr historisches Dilemma: mit ihrer notorischen Schwächung der Arbeiterbewegung werden sie selbst im zunehmenden Maße für die Bourgeoisie entbehrlich. Das von den "Arbeiterparteien" nach rechts getretene Kleinbürgertum befähigt die Herren der kapitalistischen Gesellschaft auf ihre Pappenheimer auf der "linken" Seite zu verzichten, ohne deren "soziale Unkosten" zu regieren.

Deswegen führen beide großen reformistischen Parteien heute in Portugal wütende Reden gegen die Konkurrenz im rechten Lager und kriechen tags darauf gleich wieder zu Kreuze. Nichts ist ihnen lieber, als die schmarotzerischen Soares' und Cunhals zu bleiben, die sie immer schon waren. Die "Linke" muß stark bleiben und sie meinen sich selbst damit. "Für einen Sieg der Linken!", sich mit "Europa - mit uns!" stark zu machen, das waren die Hauptparolen dieser Parteien vor dem 25. April 1976. Dazu lullen sie die Massen mit demokratischen Phrasen ein und scheuen sich auch nie gegen die revolutionäre Gefahr den bürgerlichen Staatsapparat einzusetzen, um so gerade jene zu schlagen, die die Konterrevolution besiegen können: das revolutionäre Proletariat!

Die Gegensätze stoßen gewaltig aufeinander. In diesem Prozeß werden unvermeidlich linke Tendenzen in den reformistischen Parteien entstehen. Hier gilt es genau zu unterscheiden, zwischen jenen, die der Unzufriedenheit der ausgebeuteten Massen nur "nachgeben", um sie umso raffinierter dem Reformismus zu erhalten oder ob sie für die Revolutionäre zu gewinnen sind. Die Meinungsverschiedenheiten bis in die Spitzengremien der PSP, Lopez Cardosos "linke" Extravaganzen dürfen die Arbeiter nicht täuschen. Dafür müssen die Revolutionäre sorgen, die auch an jene SP-Jugendgruppen herantreten müssen, die sich heute von der portugiesischen Sozialdemokratie zu lösen beginnen.

Erst recht die schroffen Wendungen der "kommunistischen" Politik bieten ständig neue Ansatzpunkte für einen revolutionären Kampf gegen den Reformismus. Eine korrekte Einheitsfrontpolitik besitzt gerade in Krisenzeiten des Opportunismus große Chancen auf Erfolg und kann die sich auftuenden Spalten weiter und tiefer aufreißen. Stellen wir ihren reformistischen Verrätereien das revolutionäre Programm ohne einen einzigen Abstrich gegenüber!

DIE WAHLEN UND DIE GRM

Ganz anders die GRM. "Das portugiesische Wahlergebnis muß für einige Leute recht enttäuschend gewesen sein ..." (rotfront, Mai 1976) und CDS, PPD, PPM, PDC ganz schön frustriert. Wie meint doch die "rotfront":"Zwar haben diese Parteien einige Prozent zu ihrem Vorjahrswahlergebnis dazu gewinnen können ...", was aber unter ihren Erwartungen gelegen ist. Doch klären wir zuerst die Tatsachen.

Was von der GRM da in einen Topf geworfen wird, ist wert einzeln besehen zu werden. Das "Demokratisch-soz. Zentrum", eine Partei des Großkapitals mit engsten Beziehungen zur terroristischen Rechten, konnte seine Stimmenanzahl mehr als verdoppeln! (1975: 7,6 %; 1976: 15,8 %); die PPD als jene großbürgerliche Partei, hinter der die größten Teile des Kleinbürgertums stehen, mußte hingegen leichte Verluste hinnehmen (24 % - gegenüber 1975: 26,3 %). Klarer wird es noch, wenn man sich die entsprechenden Regionen durchsieht. In den meisten nördlichen Gebieten wie Aveiro, Braga, Braganca, Guarda, Villa Real, Viseu und in Porto (!) verschieben sich die Stimmen eindeutig von der PPD zur CDS. Hier ist ohne Zweifel eine ernst zu nehmende Bewegung bäuerlicher Schichten nach rechts abzulesen und zu einer Partei, die der Organisator der Konterrevolution ist! Doch bei der GRM bleibt es bei der Niederlage der CDS, "Der es nicht einmal gelungen ist mit ihrer Hauptrivalin innerhalb des rechten Lagers, der PPD (24 %) gleichzuziehen." Die Arbeiterklasse darf sich freuen: über ihren Erfolg und Mißerfolg bestimmt ab nun die "Gruppe Revolutionärer Marxisten", in dem einfach festgestellt wird, ob es einer erzreaktionären Partei gelungen ist,die andere zu überholen oder nicht.

Noch deutlicher und obendrein als schiere Trottelei zeigt sich dieser Wahlkretinismus in der Beurteilung der reformistischen Parteien. "Die Arbeiterparteien (!!!) (SP, KP, UDP, FSP, MES, LCI, PRT) bewahren insgesamt ihre absolute Mehrheit mit 53 % der Stimmen und verfügen damit über eine erdrückende Majorität von Abgeordnetensitzen in der Nationalversammlung." Und den letzten Schliff erhält die Wahl"analyse": "... ihre Parteien (die der Arbeiterklasse! - d.Verf.) haben die Mehrheit,und über die parlamentarischen Machinationen hinweg ist es genau das was hier und jetzt gilt (!!)"

Den "Trotzkisten" von der GRM kommt es kein einziges Mal in den Sinn, daß dieses Wahlergebnis in der Richtung jener Situation im portugiesischen Klassenkampf gesehen werden muß, in der die Arbeiterklasse noch immer keine revolutionäre Perspektive besitzt. Sie zählen vielmehr die Stimmen zusammen, Konterrevolutionäre von SP und KP wandeln sich flugs zu Arbeitervertretern, deren Gewicht dieWaage zugunsten der Revolution ausschlagen lassen sollen.

Nicht die Addition entscheidet, sondern die Kräfteanspannung und die Stoßrichtung, die hinter den Ziffern steckt. Die Vorhut der Konterrevolution mag schon mit einer Minderheit von verbitterten, fanatisierten Kleinbürgern den 53 % der "erdrückenden" nichtsdestoweniger verunsicherten "Majorität" einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Während die Partei des kapitalistischen Zentrums radikalisierte Bauern an eine halbfaschistoide Partei abgeben muß, ist in den Wahlzahlen auf der Seite der "Arbeiterparteien" kein einziger Hinweis auf eine entschiedene Radikalisierung zu merken. Ihren früheren Einbruch in kleinbürgerliche Schichten konnte die PSP nicht behaupten. Ihren Rückgang um 3 % auf 35 % bei dieser Wahl verdankt sie sicherlich

ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN
THEORETISCHES ORGAN DES SPARTACUSBUNDES
Aus dem Inhalt: Nr. 3
Unsere Einschatzung der Sozialdemokratie und unsere Taktik ihr gegenuber – Thesen zur Volksfront und Arbeiterregierung – Berichte und Diskussionen von der internationalen Konferenz von Lutte Ouvriere (Frankreich), Dokumente von Lutte Ouvriere zum Wahlkampf 1974 – Thesen zur Arbeitslosigkeit - Trotzkismus in Ceylon

dem Abgang früherer Wähler zur PPD und zum CDS. Ja, als "Ordnungsfaktor" verliert sie für die Bourgeoisie gegenüber PPD und CDS an Bedeutung.

Ihre Stimmengewinne macht sie einzig in den politisch rückständigen Gebieten, wie in Viana de Castelo usw. mit unerfahreren oder von der KP-Politik abgestoßenen, kleinbürgerlichen Schichten.

Die leichten Vorteile der KP im heurigen Wahlergebnis müssen als "kommunistisch" interne Angelegenheit interpretiert werden. Die MDP, jene "linke" Flankendekkung der Stalinisten lieh ihre Anhängerstimmen der größeren Schwesterpartei, indem sie nicht kanditierte. Will man hier einen sozialistischen Auftrieb feststellen, wie es die GRM tut, so müssen

jene Arbeiter herhalten, die von der Krisenpolitik der Sozialdemokratie zur KP gedrängt wurden, also vom Regen in die Traufe gekommen sind. Niemand kann uns weismachen, daß eine Partei, die streikende Arbeiter erneut als Reaktionäre denunziert, in diesen von der SP desillusionierten Schichten revolutionäre Begeisterung herrufen könnte.

Die breite Masse der SP-Wählerschaft rekrutiert sich aber aus jenen Massen, die die einzig mögliche Antwort nicht kennen, die in der heutigen Situation, ihre Lage tatsächlich verbessern könnte. Dennoch jubelt das "Vereinigte Sekretariat": "Es ist in der Tat das erste Mal im kapitalistischen Europa, daß die Parteien der Arbeiterbewegung in einer solchen Situation zweimal hintereinander die absolute Mehrheit errungen haben." Und die Wahl drückt außerdem das "Bedürfnis der werktätigen Massen nach einer 'anderen Gesellschaft', und damit die Aktualität des Sozialismus aus." ("inprekorr", Nr. 59) Ja,die objektive Lage schreit danach, doch bleibt das heutige Erwachen der Arbeitermassen nach dem 25. November nur ein isoliertes Aufflackern oder schreiten sie weiter? Gelingt es,die Mittelklassen vom revolutionären Programm zu überzeugen, sie der Konterrevolution zu entreißen? Wer öffnet ihnen die Augen und weist ihnen eine Perspektive? So viele Fragen und keine einzige wird vom "Vereinigten Sekretariat" und seiner GRM beantwortet.

Übrigens, wie die gesamte "extreme Linke" baute auch die LCI in diesen Wahlen ab. A. Udry im "inprekorr" will es zwar nicht wahrhaben: "Die Kampagne der Trotzkisten fand zweifellos Gehör ..." und erhielten 16 186 Stimmen. Aber, die LCI verlor gerade in den Industriezentren Setubal und Lissabon und kandidierte zudem noch in mehr Wahlkreisen (330) als das letzte Mal. Man kann also keineswegs von einem Wahlerfolg sprechen, was in dieser Lage des Klassenkampfes und aufgrund der LCI-Niederlagenpolitik in den zwei Jahren portugiesischer Revolution auch nicht verwunderlich ist.

"Jenseits der Grenze gibt es dann auch noch zahlreiche faschistische Banden, die so lange trainieren können, bis die spanischen Arbeiter der frankistischen Diktatur den Garaus gemacht haben." (rotfront) Arbeiter beunruhigt euch nicht, so lautet zum Abschluß die Moral der Geschicht", der Mob trainiert erst und ist zudem noch hunderte Kilometer weit entfernt!

VORWÄRTS IM WIEDERAUFBAU DER IV. INTERNATIONALE!

Wenn wir heute ein im wesentlichen pessimistisches Bild von den Aussichten der portugiesischen Revolution zeichnen, so läßt sich dies in erster Linie auf die Tatsache zurückführen, daß es in Portugal keine revolutionäre Partei gibt. Die kommenden Ereignisse werden zeigen, ob es den besten Genossen der "extremen Linken" gelingen wird, in der Hitze der Auseinandersetzungen den Revisionismus ihrer alten Organisationen abzulegen, und auf dem Boden eines trotzkistischen Kampfprogramms den Ansatz zu einer revolutionären Partei zu schaffen. Dies ist unmöglich als nationale Aufgabe zu bewerkstelligen. In Portugal kann eine kommunistische Partei als Sektion der wiederaufzubauenden IV. Internationale entstehen.

SCHRIFTEN ZUM PROGRAMM

NEBEN DEM ÜBERGANGSPROGRAMM VON 1938 ENTHÄLT DIESES BUCH TEXTE, DIE VON UNS ÜBERSETZT WURDEN UND JETZT DAS ERSTE MAL IN DEUTSCHER SPRACHE ERSCHEINEN:

- DISKUSSIONEN ÜBER DAS ÜBERGANGSPROGRAMM
- BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN LINKEN OPPOSITION UND DER VIERTEN INTERNATIONALEN (AUS DEN JAHREN 1938–1940)

128 S. DM 6,50

Einen gewaltigen Anstoß für die portugiesischen Klassenkämpfe wird der Beginn der spanischen Revolution geben. Diese Möglichkeiten gilt es zu nützen, die verlorene Zeit aufzuholen.

FÜR DEN SIEG DER PORTUGIESISCHEN UND SPANISCHEN REVOLUTION ALS DEN BEGINN DER EUROPÄISCHEN REVOLUTION !

Der I. Mai in Wien

Am ersten Mai präsentieren sich alle Organisationen, die sich auf die Arbeiterklasse berufen, im vollen Schmuck ihrer Forderungsprogramme. Dabei wird vieles sichtbar, das sonst gnädig hinter orthodoxem Wortgeklingel zugedeckt liegt.

Wie in den letzten Jahren üblich, gab es in Wien nicht weniger als vier Demonstrationen. Neben den traditionellen Maiaufmärschen von SPÖ und KPÖ eine Demonstration des KB-Wien und seinen "Massenorganisationen", sowie den Demonstrationszug der antistalinistischen Linken.

GRM UND FÖJ/GE: PROPAGANDABLOCK DER LEEREN PHRASEN!

Was war unsere Position dazu? Hier spielt die Frage der Aktionseinheit hinein, auch wenn es sich um keine Aktionseinheit im eigentlichen Sinn handelt.

Das Eingehen von Aktionseinheiten ist eine besondere Form der Anwendung der Taktik der Einheitsfront. Sie wird notwendig, da die Arbeiterklasse in eine Reihe politischer Strömungen gespalten ist. Die Einheitsfronttaktik ermöglicht es einerseits einen möglichst großen Teil der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen in Bewegung zu setzen (einen weitaus größeren als jenen, der einem Aufruf der Revolutionäre ALLEIN folgen würde), andererseits auf Grund der dadurch gemachten Erfahrung der beteiligten Massen, deren Loslösung von den verräterischen Führungen voranzutreiben. Wenn eine Organisation von der Größe der IKL auch heute diese Politik gegenüber der Gesamtklasse und den großen Massenparteien nicht praktizieren kann, ist die Anwendung dieser Methode beim Bilden von Aktionseinheiten im kleinen Rahmen (Organisationen der "extremen Linken", Teilorganisationen von SP, KP usw.) möglich und notwendig. Damit der gewünschte Zweck erreicht wird, ist allerdings ein korrektes Verständnis von Aktionseinheit Voraussetzung.

Eine Aktionseinheit wird zu einem praktischen Zweck gebildet, der natürlich ein politisch motivierter ist. Ein Beispiel: Es droht in Spanien die Hinrichtung von 5 Widerstandskämpfern. Um nun größtmöglichen Druck auf das Regieme, zwecks Rettung des Lebens dieser 5 Genossen auszuüben (der praktische Zweck, der erreicht werden soll), ist es wünschenswert, eine Demonstration mit massiver Beteiligung auf die Beine zu bringen. Der Druck, den 80 Revolutionäre ausüben, auch wenn sie noch so kämpferisch über die Ringstraße ziehen, wird nur gering sein, verglichen mit jenem einer Massendemonstration von 8000. Daher wendet sich die revolutionäre Organisation mit der Aufforderung zur Bildung einer Aktionseinheit zwecks Demonstration, an alle jene Gruppen und Organisationen, von denen angenommen werden kann, daß sie ein Interesse an der Verhinderung der Hinrichtung haben. Die Verhinderung des geplanten Mordes an den Widerstandskämpfern - das ist die gemeinsame Übereinstimmung. Was die Perspektiven der spanischen Revolution sind, wie der Kampf gegen die Diktatur geführt werden muß - darauf gibt jede der Organisationen eine andere Antwort.

Werden auf dieser Ebene politische Auflagen gemacht, isoliert sich diese "Aktionseinheit", und ist sektiererisch. Fordert man z.B. als Basis der Aktionseinheit die Anerkennung des sozialistischen Charakters der spanischen Revolution, so schließt man damit alle jene aus, die zwar an eine demokratische Etappe glauben, aber durchaus bereit sind, etwas zur Verhinderung der Hinrichtungen zu tun. Man verunmöglicht also die Teilnahme aller jener, die noch in reformistischen Illusionen befangen sind und spielt dabei den Führern dieser Organisationen in die Hände, die ja in Wirklichkeit froh sind, wenn sie sich der Mobilisierung ihrer Basis entziehen können, ohne an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Die Kehrseite dieses Sektierertums ist blanker Opportunismus. Bei der Aktionseinheit geht es ja nicht nur um die Zahl der Teilnehmer. Es geht darum, eine revo-

lutionäre Perspektive zu weisen und politisch den Einfluß von Reformismus und Zentrismus unter den Teilnehmern der Aktion zu bekämpfen und zurückzudrängen. Dafür aber ist erforderlich: Volles Feuer auf die Reformisten und Zentristen! Keinerlei Abstriche von den eigenen Forderungen! Uneingeschränkte Kritik an allen punktuellen Verbündeten! Kein Vermischen der Fahnen, das eigene Banner hochhalten!

Aber jene, die sich für die Erstellung einer politischen Minimalplattform entschlossen haben, werden nun von einer unbarmherzigen Logik weitergetrieben. Haben sie auf Grund ihres Sektierertums eine breite Teilnahme an der Demonstration unmöglich gemacht, müssen sie nun durch Opportunismus erreichen, daß wenigstens irgendwer außerhalb ihrer eigenen Reihen an der Aktionseinheit teilnimmt. Das führt nahezu zwangsläufiq zur Bildung eines Propagandablocks mit Organisationen mit sehr unterschiedlicher Programmatik. Denn nun einigt man sich auf eine Plattform, die zwar spezifisch (in diesem Fall sektiererisch) genug ist, um eine wahrhaft massive Beteiligung an der Demonstration auszuschließen, aber andererseits abstrakt und nichtssagend genug, um die vorhandenen Differenzen zwischen den Organisationen zu vertuschen, die jetzt noch dabei sind. Abgerundet wird das Ganze noch durch einen "Nichtangriffspakt" der beteiligten Organisationen. Eine Organisation, die so vorgeht, hat die Waffe der Aktionseinheit vollständig kastriert. Einerseits verhindert sie eine massive Teilnahme an der Aktion. Gleichzeitig nimmt sie sich noch jede Möglichkeit, Differenzierungen in den Reihen ihrer punktuellen Verbündeten auszulösen. Auf was hinauf sollte sich eine Differenzierung ergeben, wenn man diese Organisationen nicht kritisieren kann und ohnehin nur Losungen aufstellt, die auch von diesen mitgeführt werden?

Verteidigt wird diese Konzeption von Aktionseinheit meist mit dem Hinweis, es würde die Arbeiter nur verwirren, wenn die politischen Differenzen zwischen den beteiligten Organisationen sichtbar werden würden. Sie könnten das ja gar nicht verstehen. Diese Argumentation, die meist von Organisationen verwendet wird, die im allgemeinen den Hintern der Arbeitervorhut bewundernd anbeten, drückt in Wirklichkeit eine grenzenlose Verachtungder fortgeschrittenen Arbeiter aus. Man hält diese Arbeiter für unmündig.

Denn selbstverständlich fragt sich jeder politisch denkende Arbeiter: Warum, zum Teufel, gibt es so viele Organisationen der Linken? Doch wohl deshalb, weil sie verschiedene Vorstellungen von Kampf und Ziel haben! Reichlich seltsam muß es ihm aber dann erscheinen, wenn ohnehin alle unter den selben Losungen marschieren und trotzdem getrennte Organisationen aufrecht erhalten.

Die Vorgangsweise, die Kommunisten einzuschlagen haben, wird aus all dem klar. Möglichst breite Aktionseinheit ohne politische Vorbedingungen programmatischer Natur, um eine maximale Beteiligung zu erreichen. Gemeinsam ist Ort, Zeit und praktischer Zweck, der erreicht werden soll. Getrennt nach Organisationsblöcken marschieren, keinerlei Einschränkung der Propagandafreiheit, keine Vermischung der Fahnen!

Der 1.Mai nimmt eine gewisse Ausnahmestellung ein. Ein eigentlicher praktischer Zweck für eine Aktionseinheit ist nicht vorhanden. Es geht eigentlich darum, in möglichst umfassender Form sein Programm zu präsentieren. Die einzige gemeinsame Basis für ein gemeinsames Auftreten, d.h. eine gemeinsame Demonstration ist in diesem Fall: die Bereitschaft, den 1.Mai als internationalen Kampftag der Arbeiterklasse zu begehen. Sich zu diesem Zweck auf einen gemeinsamen Zeitpunkt und eine gemeinsame Demonstrationsroute zu einigen.

Ihr vollständiges Versagen hat die GRM aufgezeigt. Sie versuchte mit den linken Sozialdemokraten von FÖJ und GE, mit AUF, CISNU etc. einen Propagandablock auf der Basis folgender Losungen zu bilden, selbstverständlich bei Verbot jeglicher Forderung, von der sich eine der beteiligten Organisationen angegriffen fühlen könnte:

- Kampf der Sozialpartnerschaft!
- Volles Recht für die Slowenen!
- Hoch die internationale Solidarität!

Die Absurdität dieser Plattform ist offensichtlich: Man marschiert unter dem Banner: Kampf der Sozialpartnerschaft! gemeinsam mit der GE, deren <u>zentraler</u> Programmpunkt die Mitbestimmung ist, d.h. genau eine Form der Sozialpartnerschaft. Man trägt die Losung: Volles Recht für die Slowenen! gemeinsam mit Genossen, die glauben, es bräuchte nur der § 7 des Staatsvertrages endlich erfüllt zu werden

und die Diskriminierung der Slowenen ist beseitigt! Und: Hoch die internationale Solidarität! wird gemeinsam propagiert mit Genossen, die jegliche Kritik an kleinbürgerlichen Bewegungen wie der MPLA zurückweisen mit der Begründung: Die kennen die Situation in Afrika besser und wissen selbst genau,was sie zu tun haben! Nur keine Belehrungen durch europäische Besserwisser! Daß selbstverständlich die KP und die Maoisten, ja diverse SP-Organisationen diesen unglückseligen Plunder unterschreiben hätten können, auf deren Einbeziehung von vornherein verzichtet wurde, sei nur am Rande vermerkt.

Unter diesen Bedingungen lehnten wir eine Beteiligung an der Aktionseinheit ab und erklärten, einen eigenen Block am Ende des Demonstrationszuges zu bilden,ohne irgendwelche Absprachen bezüglich unserer Propaganda einzugehen. Eine ähnlich lautende Erklärung gab die ÖBL ab. Einen richtigen Eiertanz vollführte der MAB: er beteuerte zwar, daß Propagandafreiheit notwendig sei, aber andererseits die 3 zentralen Losungen durchaus akzeptabel seien... Die famose Aktionseinheit dürfte dann im übrigen sanft entschlafen sein, denn es gab kein gemeinsames Flugblatt oder Plakat. Da allerdings dürfte eher Schlamperei als politische Einsicht die Hand im Spiel gehabt haben.

DIE EINZELNEN DEMONSTRATIONEN

<u>SPÖ:</u>
Der Maiaufmarsch der Sozialdemokratie zählte diesmal nur etwa 30 000 Teilnehmer.Daraus kann man aber nicht unbedingt einen beginnenden Absetzprozeß der Arbeiterschaft von der SP herauslesen. Diesmal fiel der 1.Mai auf einen Samstag, wodurch gerade die mittlere Generation es vielfach vorzog, das Weekend zu genießen.

Bemerkenswert war allerdings die Tendenz, die schon am traditionellen Fackelzug der SP-Jugendorganisationen einen Abend zuvor sichtbar wurde. Die kleine Gruppe der Parteilinken entwickelte diesmal erneut (wie 1972 beim damaligen Parteitag) eine Plattform, die eine klassisch reformistische Kritik an der Regierungspolitik beinhaltete.. Zurückgewiesen wurde aus aktuellem Anlaß die Wehrgesetznovelle, die die Zwangsverlängerung der Wehrdienstzeit brachte, erwähnenswert auch ein Transparent: "Minderheitenfeststellung führt zum Faschismus!" und "Weg mit dem Radikalenerlaß in der BRD!". Erstmals seit 1968 wurde der Parteivorsitzende Kreisky bei seiner Ansprache auf dem Rathausplatz durch einen Sprechchor von etwa 30 Jugendlichen unterbrochen, als er die Bundesheerreform erwähnte.

Dieser Formierungsversuch der brustschwachen österreichischen Jusos darf allerdings nicht überbewertet werden. Es zeigte sich deutlich, daß die oppositionellen Losungen nicht Ausdruck eines Basisdrucks waren, ja kaum von den Demonstrationsteilnehmern aufgenommen wurden (selbst beim Fackelzug nicht). Sie dürften vielmehr auf eine Neuformierung unter jenen Funktionären dieser Jugendorganisationen zurückzuführen sein, die aus der ehemaligen Studentenbewegung stammen bzw. seinerzeit von dieser erfaßt wurden.

<u>KPÖ:</u>
Demonstrationszug wie gehabt, für Frieden, Völkerverständigung, Ausbau des Osthandels, Aktionseinheit (mit Sozialdemokraten und Christen selbstverständlich, nicht mit Revolutionären und Zentristen) und gegen Teuerung und Sozialpartnerschaft. Der Zug zählte diesmal etwa 2300 Teilnehmer, war also etwas stärker als im Vohrjahr. Es gab auch mehr jüngere Teilnehmer, was darauf zurückzuführen ist, daß mit dem Niedergang der Studentenbewegung ein Teil der Genossen in die Geborgenheit der stalinistischen Partei flüchtet.

<u>MAOISTEN:</u>
Im Gegensatz zum Vorjahr marschierte diesmal der KB mit seinen Massenorganisationen allein, ohne VRA. Trotzdem war der Demonstrationszug mit 650 Teilnehmern um ca. 70 stärker als im Vorjahr der gemeinsame. Im innermaoistischen Kräftemessen wirkte der KB damit eindeutig als Sieger, gegenüber der mickrigen Kundgebung von 20 Leuten, die die VRA auf die Beine bringen konnte.....

<u>DEMO DER ANTISTALINISTEN:</u>
An dieser Demo beteiligten sich GRM, FÖJ/GE, AUF, CISNU, Spontis, VSM, Rätebund, ÖBL,LSK und wir. Die Stärke der Demo belief sich auf etwa 600 (gegenüber 510 im Vohrjahr). Innerhalb der Demo zeigte sich eine klare Verschiebung zugunsten des Sumpfs (FÖJ, Spontis, AUF). Mit dem Nie-

Fortsetzung auf Seite 14

FÜR PROLETARISCHE DEMOKRATIE!

Es gehört zum Wesen des Reformismus und des Zentrismus, daß er gerne 'unter sich' ist. Wenn dies schon generell gilt, dann natürlich erst recht, wenn diese Organisationen ihren Mai-Rummel abziehen. Bei dieser Gelegenheit wollen sie ihre 'Basis' stärken, dutzende Male 'hoch die internationale Solidarität' brüllen. Kurz, der 1. Mai dient ihnen im Grunde genommen bloß dazu, die 'Familie' zu versammeln und ein Gefühl der 'Stärke' zu verbreiten.
Unser Verständnis des 1. Mai ist ein gänzlich anderes. Der 1. Mai, als Kampftag der Arbeiterklasse, ist für uns Gelegenheit, die Programmatik und die daraus resultierende Praxis der verschiedenen Organisationen und die Schwerpunkte des internationalen Klassenkampfes zu diskutieren. Dabei ist es völlig klar, daß wir die diversen Veranstaltungen dieser Organisationen dazu benützen, unsere programmatischen Grundlagen - in Form von Zeitungsverkauf und dem Aufstellen von Büchertischen (diese Gruppen denken natürlich nicht daran, auf ihrer Mai-Veranstaltung Diskussionen durchzuführen, die eigene 'Basis' könnte ja verwirrt werden) - zu verbreiten!
So wie wir jeder Tendenz der Arbeiterbewegung (auch wenn wir der Ansicht sind, daß die Politik einer solchen Tendenz konterrevolutionär ist) das Recht zubilligen, auf unseren Veranstaltungen Propaganda zu betreiben und ihr Rederecht in der Diskussion zubilligen, so werden wir selbst jede Gelegenheit benützen, auf Veranstaltungen von Gruppierungen innerhalb der Arbeiterbewegung in der selben Art und Weise aufzutreten.
Wenn dies die Reformisten und Zentristen stört, so können wir das begreifen (wenn man die Politik dieser Organisationen betrachtet), aber gerade deswegen, werden wir uns von nichts und von niemanden daran hindern lassen.
Zwei Tage vor dem 1. Mai, versuchte die FÖJ auf ihrer Mai-Veranstaltung, uns beim Zeitungsverkauf und beim Aufstellen des Büchertisches zu behindern. Einigen führenden Mitgliedern dieser Organisation war es nicht Recht, daß wir beabsichtigten, einen Büchertisch im Vorraum des Saales, in dem die Veranstaltung stattfand, aufzustellen. Desgleichen ließen sie es nicht zu, daß wir in diesem Vorraum Zeitungen verkauften. Die Begründung war denkbar einfach: "Das ist unsere Veranstaltung und wir wollen es nicht." Auf die Frage eines Genossen der IKL, ob dies Arbeiterdemokratie sei, antwortete ein Mitglied der FÖJ: Ja! ganz nach dem Motto: was Arbeiterdemokratie ist, bestimme ich!
Einen Tag später veranstalteten die Maoisten ihre Mai-Veranstaltung. Auch sie 'wollten' nicht, daß wir auf ihrer Veranstaltung Zeitungen verkaufen und versuchten unsere Genossen abzudrängen, worauf es zur Solidarisierung einiger 'Basismitglieder' der Maoisten kam.
Bezeichnend noch die Haltung eines 'führenden' Genossen der GRM, der gar nicht erst den Versuch machte, seine 'rotfront' im Vorraum des Saales zu verkaufen, sondern sich schüchtern beim Eingang herumtrieb: "Wenn ihr so naiv seid!". Die Dummheit dieser Haltung braucht man wohl nicht lange zu erklären. Wenn die Maoisten bei ihrer nächsten Veranstaltung den Zeitungsverkauf anderer Organisationen auch auf der Straße 'nicht wollen', dann wird sich diese traurige Figur eben um die Ecke aufstellen. Die GRM hat sich eben daran gewöhnt, und hält sich an die 'Spielregeln'. Daß sie selbst heute eine solche Politik nicht praktiziert, ist wohl nur ihren 'moralischen Hemmungen' zuzuschreiben.
Doch diese jämmerlichen Kleinbürger, die meinen, weil sie zur Zeit mehr Mitglieder haben als die IKL und darum bestimmen können, was Arbeiterdemokratie sei und was nicht, haben sich gründlich geirrt, wenn sie meinen, daß wir ähnlich der GRM, diese 'Spielregeln' beachten.
Die IKL wird auf jeder Veranstaltung einer Organisation der Arbeiterbewegung, auf der sie es für notwendig hält propagandistisch aufzutreten, Zeitungen verkaufen und einen Büchertisch aufstellen, ebenso wie sie für das Recht jeder Organisation kämpfen wird, dies ebenfalls zu tun.

Fortsetzung von Seite 12

dergang der Bewegung wird natürlich auch die Zahl jener größer, diein ihrem Lebens- oder Arbeitsbereich unverbindlich "fortschrittlich" sein wollen und dabei eben doch das Gefühl nicht missen wollen, irgendwie "organisiert" zu sein....

Offensichtlich auch der Niedergang des VSM, der von 60 auf ca. 25 Teilnehmer gefallen war, und der GRM, die mit 120 gegenüber dem Vohrjahr um 50 Personen abfiel, und von Jahr zu Jahr mehr abbaut.

WIR SELBST:
Wir waren gezwungen auf der Demo noch als KK-Wien und Spartacus aufzutreten, da der bürgerliche Staat die Genehmigung des Namens IKL über den 1.Mai hinaus verzögert hatte. So marschierten wir gezwungenermaßen unter den entsprechenden Organisationstransparenten. Unser Block von ca. 35 Genossen war der wohl geordnetste des ganzen Demonstrationszuges. Wir führten Transparente mit den folgenden Losungen mit: "Für den Sieg der sozialistischen Revolution in Portugal und Spanien, den Beginn der europäischen Revolution", "Für den Wiederaufbau der IV. Internationale", "Gegen Inflation - gleitende Skala der Löhne" und "Gegen Arbeitslosigkeit - Aufteilung der Arbeit auf alle Hände ohne Lohnverlust". Erstmals in Wien wurden von uns auch Trotzkibilder mitgetragen. Beim Passieren des Standes der VRA mit der Ahnengalerie der Maoisten wurde von uns der Sprechchor intoniert: "Nieder mit Stalin und Mao tse tung - den Henkern der proletarischen Revolution - Hoch Lenin und Trotzki!" Diese Losung wurde auch von der ÖBL aufgenommen.

MAIAUFRUFE UND VERANSTALTUNGEN

GRM:
Die GRM legte in der Mai-Nummer der Rotfront keinen eigentlichen Maiaufruf vor, sondern nur eine Liste mit verschiedenen Losungen, die ihr offenbar wichtig erschienen.Dazu gab's dann noch erläuternden Text.

Offenbar sollte das ganze die Achsen eines aktuellen Programms der GRM für Österreich angeben. Mißt man die "Forderungen der GRM zum 1.Mai", so wird an diesem Anspruch sichtbar, daß zwischen den einzelnen Forderungen kein Zusammenhang zu finden war. Während wichtige Forderungen (Offenlegung der Bücher, Arbeitermilizen, Forderungen, die mit dem Komplex "Armee" zu tun haben) überhaupt fehlen, wimmelt es von frommen, aber inhaltsleeren Wünschen: "Schluß mit der Sozialpartnerschaft", "Schluß mit der Unterdrückung der Frau", "Schluß mit der Steuer- und Tarifoffensive!" Mitunter erfährt der staunende Leser dann doch, was inhaltlich mit der Sprücheklopferei gemeint ist. So wird der Kampf gegen die Unterdrückung der Frau positiv gewendet in Form der Losung "Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau - völlige Freigabe der Abtreibung - bezahlt durch Krankenkassen!" und "Gegen die Familienideologie - Für die Schaffung eines umfassenden sozialen Dienstleistungssektors unter Kontrolle der Benützer!"

Sonst aber steht's eher dürftig mit der Kontrolle. Wird hin und wieder noch mal die Arbeiterkontrolle auf den Tisch geklopft ("Gegen Fabriksstilllegungen - entschädigungslose Nationalisierung der Unternehmen unter Kontrolle der Arbeiter"), ist ein durchlaufender Zug, der die spärlichen Versuche von Übergangslosungen, die überhaupt eingebracht werden, noch genau um jene Potenz zu berauben, die ihnen eigentlich ihre Übergangsdynamik verleiht - das Hinführen zu Ansätzen der Doppelherrschaft, die die Massen zur Frage der Machtergreifung führen und sie organisieren. Besonders eklatantes Beispiel dafür, wie diese Pseudotrotzkisten mit Übergangslosungen umspringen, ist "ihre Version der "Gleitenden Lohnskala". Die Losung nimmt folgende Form an: "Für ständige Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflation!" Solcherart bedenklich in dieNähe eines Stoßgebets an den Himmel gerückt, wird die Forderung dann im Text begründet: "In die Kollektivverträge müssen Bestimmungen eingebaut werden, daß jede Preiserhöhung automatisch auf der Lohnseite ihren Ausgleich findet (gleitende Lohnskala)." Besser kann man diese Forderung nicht mehr kastrieren! In der Form ist sie ohne Schwierigkeit tatsächlich langfristig im Kapitalismus verwirklichbar - siehe Belgien. Das unterscheidet sich in nichts mehr von der Losung der mao-stalinistischen VRA: "Für automatische Anpassung der Löhne an die Teuerung. Trotzkismus bei der VRA? Nein, Reformismus bei der GRM.
Das sie's nicht ganz so ernst meint mit

Fortsetzung auf Seite 16

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

OFFENER BRIEF AN ALLE ORGANISATIONEN DER ARBEITERBEWEGUNG!

Wenn heute Teilnehmer an der Demonstration gegen das Franco-Regime vor das bürgerliche Gericht gezerrt werden und wenn daneben ein Prozeß gegen die ÖBL, wegen deren Haltung zur Besetzung des OPEC-Gebäudes durch arabische Nationalisten, vorbereitet wird, dann muß jeder Organisation der Arbeiterbewegung klar sein, daß hier die Kriminalisierung der Arbeiterbewegung durch den bürgerlichen Staatsapparat, durch die sozialdemokratische Regierung ihren Anfang nimmt.

So wie in der BRD die Sozialdemokratie aktiv am Ausbau des bürgerlichen Staatsapparates arbeitet, wie sie durch Berufsverbote und Einschränkungen der Pressefreiheit gegen die Arbeiterbewegung vorgeht, also Maßnahmen trifft, von denen sie später selbst betroffen sein wird, so unternimmt es heute die SPÖ, Schritte in diese Richtung zu setzen.

Die verstärkte Aufrüstung des Bundesheeres, das 'Sicherheitsspektakel' anläßlich der Olympischen Spiele in Innsbruck ist eine Seite der sozialdemokratischen Regierungspolitik, deren andere die Überwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Arbeiterklasse ist.

Gegen diese Versuche muß eine Einheitsfront der verschiedenen Organisationen, die im Namen der Arbeiterklasse sprechen, geschaffen werden, ungeachtet der tiefen Differenzen, die zwischen ihnen herrschen. Hier hilft es nicht, sich 'ruhig' zu stellen und froh zu sein, daß man heute noch nicht betroffen ist. Heute sind es nur einige Genossen, die von der reaktionären Justiz verfolgt werden, morgen kann es schon die gesamte Arbeiterbewegung sein. Wenn es der bürgerlichen Justiz gelingt, einen kleinen Teil der Arbeiterbewegung zu kriminalisieren, so wird morgen schon die Arbeit der gesamten Bewegung eingeschränkt werden. Wir Trotzkisten werden zu keiner Zeit auch nur ein Wort der Kritik an anderen Organisationen verschweigen oder zurücknehmen. Im Gegenteil, gerade diese Kritik ist notwendig. Aber wir treten dafür ein, daß innerhalb der Arbeiterbewegung die Diskussion um die strategischen und taktischen Fragen demokratisch abgewickelt wird. Gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat muß die Arbeiterbewegung eine Einheitsfront bilden, die sich um die Forderung nach sofortiger Einstellung aller Prozesse bildet und in der jeder Organisation das volle Recht auf Propaganda zusteht.

Die Internationale Kommunistische Liga tritt auf diesem Wege an alle Organisationen der Arbeiterbewegung (außer der SPÖ, die die volle aktive Verantwortung, für diese Prozesse trägt) heran und schlägt ihnen ein Schutz- und Trutzbündnis gegen den reaktionären bürgerlichen Staatsapparat vor.

Jede Organisation, jede Einzelperson, die im Namen der Arbeiterklasse spricht, muß sich darüber im Klaren sein, daß die stillschweigende Duldung dieser Prozesse einen Erfolg der Bourgeoisie darstellt, die Folge wird die Erschwerung der Propaganda der einzelnen Organisationen, die Erschwerung der Durchführung von Demonstrationen sein. Wenn die Arbeiterbewegung nicht schon die ersten Anzeichen eines Vorgehens des bürgerlichen Staatsapparates entschieden bekämpft, dann wird sie es morgen schon hinnehmen müssen, daß ihr Recht auf Presse- und Demonstrationsfreiheit eingeschränkt und schließlich aufgehoben wird.
Um dies zu verhindern, schlagen wir allen Organisationen, die im Namen der Arbeiterklasse sprechen, ein Treffen vor, um die notwendigen Maßnahmen zu besprechen.

Internationale Kommunistische Liga

Fortsetzung von Seite 14

ihren mißglückten Versuchen des Einbringens von Übergangslosungen, dokumentiert die GRM anhand ihrer Haltung zur Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Zwar stellt sie die Losung auf: "Gegen Kurzarbeit und Entlassungen - Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle ohne Lohn- und Gehaltsverlust!" Aber gleich zeigt sie, daß sie "realistisch" ist und für den praktischen Gebrauch eine zweite Forderung parat hat: "Bei Arbeitslosigkeit: Volle Lohn- und Gehaltsfortzahlung!" Damit profiliert sich die GRM als Vertreterin eines radikaleren Reformismus gegenüber dem KB-Wien, der sich mit 8o% des bisherigen Lohnes begnügt - sie ist also immerhin um 2o% radikaler!



Ein Abonnement (10 Ausgaben inkl. Sondernummern und Porto kostet 15 DM, ein Luftpost-Abonnement (Ausland) 25 DM, Förderabonnements kosten 30 DM und mehr. Alle Überweisungen auf das Konto: Ergebnisse & Perspektiven Verlags- und Vertriebs-GmbH Postscheckamt Essen, Kto-Nr. 377 31-437.
Die Adresse bitte deutlich auf den Überweisungsabschnitt schreiben; eine gesonderte Bestellung ist dann nicht mehr nötig.

In dem solcherart weitestgehend auf ein, mit kastrierten Übergangslosungen, garniertes Minimalprogramm herabgedrückten Forderungskatalog darf der Sonntagsredenbezug auf den Sozialismus nicht fehlen! "Gegen Kapitalismus und Reaktion- für Rätedemokratie und Sozialismus!" heißt das Motto, unter dem die von der Krankenkasse bezahlte Abtreibung und die Lohnfortzahlung im Entlassungsfalle stehen.

Rasch wird unter einem Foto von 2 russischen Panzern in der CSSR anno 1968 ein bißchen Anleihe beim Antikommunismus genommen: "Der Sozialismus, für den wir käpfen, hat mit den bürokratischen Systemen in Osteuropa und China nichts gemein. Dort wurden zwar die Kapitalisten enteignet, aber Herr im Lande ist nicht die Arbeiterklasse, sondern eine privilegierte Bürokratenschicht.'
Jeder Bezug darauf fehlt, daß es sich um Arbeiterstaaten handelt, kein Wort davon, daß Trotzkisten diese Staaten gegen einen imperialistischen Angriff verteidigen - der Opportunismus schwimmt nicht gern gegen den Strom.

Ein besonderes Gustostückerl auch die Maiveranstaltung der GRM. Nach dem Einleitungsreferat des militanten Gewerkschaftsmitgliedes H.D. (alle Jahre wieder) viel Musik und der liberale Kurierjournalist Harald Irnberger als Sprecher der Kärntner Slowenen. Als politischer Höhepunkt ein Referat eines Genossen der spanischen LCR-ETA VI. Er spricht mit Glut und Begeisterung. Was er sagt, stammt allerdings aus der Mottenkiste des Pablismus. Kein Wort über die <u>inhaltlichen</u> Forderungen der LCR. Man erfährtbloß, daß die LCR für den Sturz des Juan Carlos-Regimes ist, KP und SP für Verhandlungen. Die Arbeiter - ebenfalls für den Sturz - gehen auf die Straße und demonstrieren - rapide schwindet so der Einfluß des Reformismus. Ja, einfach ist der Lauf der Welt. Und die Behebung der Führungskrise des Proletariats! Dann werden schillernde Perspektiven vor dem andächtig lauschenden, gegenüber dem Vorjahr freilich etwas geschmolzenem GRM-Publikum entwickelt. Zum erstenmal in ihrer Geschichte, so hört man, sei die IV. Internationale (gemeint ist die VS-Internationale) in der Lage, im Feuer einer Revolution zu stehen und sogar Massen zu führen - vielleicht sogar bis zum heißersehnten Durchbruch, steht mit einem Fragezeichen im Raum! Unwillkürlich fühlt man sich an Livio Maitan auf dem IX. Weltkongreß erinnert - nur war damals von Bolivien die Rede. Aber der Redner spekuliert auf die Geschichtslosigkeit seiner Zuhörer, die im Rausch der Begeisterung auf Ceylon, Bolivien, Argentinien und zuletzt Portugal vergessen - oder ohnehin nichts davon wissen.
Zum Abschluß noch ein Schuß psychologi-

scher Aufrüstung für die GRM-Mannen und Weiblein, die wohl doch auf den spanischen Genossen einen etwas mitgenommenen Eindruck gemacht haben dürften. Er versichert ihnen tröstlich, daß auch die spanische Sektion des VS vor einigen Jahren noch ein kleiner, isolierter Kaderkern gewesen sei - aber heute! Unter hoffnungsschwangerem Beifall der GRM-Genossen fällt der Vorhang! Abtritt des Spaniers, mit Musik geht das Programm weiter ...

DIE LOSUNGEN DER MAOISTEN

Der 1. Mai offenbarte in schonungsloser Deutlichkeit den Reformismus der KB's. Nirgendwo in ihren Forderungen waren sie fähig, die Grenzen des Kapitalismus tatsächlich zu überschreiten oder diesen in Frage zu stellen. Neben konstruktiven Vorschlägen zur Reform des Kapitalismus bei gleichzeitigen bescheidenen Verbesserungen für die Arbeiterklasse, die allerdings umso utopischer werden, jemehr die Krisenerscheinungen des Kapitalismus solchen Reformen den Boden entziehen, gab es wie gehabt radikaldemokratische Forderungen verschiedenster Art.

Genossen Maoisten!
Glaubt ihr, daß die Losung: "Gegen den Reallohnabbau - ausreichende Lohn- und Gehaltserhöhungen!" ohne zu sagen, wie man den Reallohnabbau wirklich bekämpfen kann, auch nur einem Arbeiter weiterhilft?

Daß die Löhne hinter der Teuerung herhinken, merkt jeder Arbeiter selbst, ohne Kommunisten, die's ihm sagen! Indem ihr euch weigert, Losungen aufzustellen, die - an den aktuellen Nöten der Massen anknüpfend - diesen eine Perspektive weisen, die unabänderlich zu einem Schluß führt- der Machtergreifung durch das Proletariat - erweist ihr euch einmal mehr als eingefleischte Reformisten.

Man sehe sich die Forderungen der Maoisten an!
"Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne bzw. Gehälter in Richtung Ist-Lohn bzw. Gehaltsniveau"
"Verbot von Überstunden - Vollständige Durchsetzung des 8-Stundentages und der 40-Stundenwoche!"
"Weg mit der Verpflichtung der öffentlichen Bediensteten auf das Staatsinteresse - Weg mit dem öffentlichen Dienstrecht!" "Für einen zweiten Berufsschultag!" "Erhöhung aller Hochschulstipendien um 1.200,-- Schilling im Monat!" "Gegen den Bau des Kernkraftwerks in St. Pantaleon!" ... Auf dieser Ebene liegen die meisten Forderungen des Mai-Aufrufes der KB's und KG's. Keine einzige davon ist mit dem Funktionieren des Kapitalismus unvereinbar. Es sind klassische sozialdemokratische Forderungen, die ihre Hilflosigkeit im Angesicht des niedergehenden Imperialismus schon dutzendfach bewiesen haben!

Makaber wird die Perspektivlosigkeit der Maoisten, wenn es um eines der Grundübel des Kapitalismus geht, um die Arbeitslosigkeit. "Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von mindestens 80 % des Lohnes während der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit!" Damit wird die Abwälzung der Krisenlast auf die Arbeiter in ihrer schärfsten Form, der Arbeitslosigkeit sanktioniert und bloß dadurch "gemildert", daß man den Verlust bei 20 % halten will! Als offene Verhöhnung der Arbeitslosen muß man es allerdings ansehen, wenn gefordert wird: "Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung durch die Versicherten!" "Unterstellung der Arbeitsämter unter die Selbstverwaltung!". Daß ist Mitbestimmung auf die Spitze getrieben! Da sollen wohl die Arbeitslosen selbst ausschnapsen, wer vielleicht doch einen Job erhält, bzw. wem doch weniger als die geforderten 80 % ausbezahlt werden, falls sich herausstellen sollte, daß nicht mehr im (selbstverwalteten) Arbeitslosenfond "drin" ist!

Verwirrt und konfus auch die Haltung der Maoisten zum bürgerlichen Staat. Die Art, wie unsere Peking-Jünger und Liebhaber deftiger Bauernsprüche aus dem fernen Osten, die humorig als Marxismus-Leninismus ausgegeben werden, den bürgerlichen Staat im Verhältnis zum "Volk" sehen, erinnert frappant an den liberalen Bourgeois des 19. Jhdts. "Der bürgerliche Staatsapparat wird aufgebläht und unterwirft alle Lebensbereiche seiner bürokratischen Verwaltung. Für das Volk bedeutet das Bevormundung, Abhängigkeit, Schikanen und wachsende Ausplünderung durch Steuern und Tarife, weil es das Ganze auch noch selbst finanzieren soll."

Also, zuviel soll's nicht kosten und ja nicht bevormunden und schikanieren, bitte schön. Unauffällig und billig soll der

bürgerliche Staatsapparat arbeiten und die Gewissensfreiheit des Individuums achten. ("Nicht um für oder gegen die Abtreibung geht es, sondern um dafür oder dagegen, daß der Staat und seine Ärzte, Richter und Pfaffen entscheiden sollen, ob und wieviele Kinder eine Arbeiterfamilie haben kann und soll") - dann ist alles in bester 'Ordnung', überhaupt wenn er noch ein bißchen demokratisiert wird.

Daß der Staat einen Klassencharakter hat und ein Unterdrückungsinstrument der jeweils herrschenden Klasse ist, gerät hier völlig außer Sicht.

KB UND INTERNATIONALISMUS

Kein Ziehen einer Klassenachse auch bei der Bestimmung der Aufgaben der Kommunisten im internationalen Klassenkampf. "Unterstützung der Bestrebungen der Dritten Welt zur Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung!" Das heißt wohl im Klartext, eifrig mitzuhelfen, wenn der Schah von Persien und die arabischen Ölscheichs, kleinbürgerliche Nationalistenführer in Afrika, "progressive" Generäle in Peru etc. bestrebt sind, bei Unterdrückung und Niederhaltung ihrer eigenen Bevölkerung eine, für die jeweilige Ausbeuterklasse günstige, Verteilung des Kuchens am imperialistischen Weltmarkt zu erhaschen.

"Reihen wir uns ein in die internationale Einheitsfront, gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte" heißt wohl konkret, Seite an Seite stehen mit Franz Josef Strauß und der NDP, die ja auch gegen den "Amerikanismus" sind und in der "russischen Gefahr" den Hauptfeind sehen, von einem "Kommunismus" â la China aber durchaus angetan sind.

Ungeahnte Höhen an Naivität und Stumpfsinn aber erklimmt die Losung: "Verpflichtung aller Atommächte, zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als Erste Atomwaffen anzuwenden!" Werte Freunde, habt ihr noch nicht aus der Geschichte gelernt, daß Verträge unter Imperialisten (und Stalinisten) nicht mehr sind, als ein Fetzen Papier? Warum geifert ihr denn so gegen SALT und KSZE, wenn ihr dann selbst solchen Unsinn vorschlagt und damit nur Illusionen in die Reihen der Arbeiter tragt?

Einen regelrechten Eiertanz aber vollführt der KB, wenn's um die Konsequenzen aus der Sozialimperialismus'theorie', umdie Vaterlandsverteidigung geht. Das ist nur allzu verständlich, soll's - Gerüchten zufolge - in den Reihen des KB-Wien nicht weniger als 1/3 offener Vaterlandsverteidiger geben. Während also ein Teil der KB'ler endlich voll die Konsequenzen aus ihren Positionen ziehen will und den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie dem Kampf gegen den 'Sozialimperialismus'unterordnen will, versucht ein anderer Teil, die letzten Reste von Marxismus, die noch aus der Studentenbewegung stammen, irgendwie mit dem konterrevolutionären Maoismus in Einklang zu bringen. "Die Sowjetunion, die sich im Gefolge der revisionistischen Entartung und der Restauration des Kapitalismus zu einer imperialistischen Supermacht entwickelt hat, ist dabei die aggressivere und gefährlichere Supermacht, von der die Hauptgefahr für die Völker ausgeht...
Auch das österreichische Volk muß gegenüber den Bestrebungen des Sozialimperialismus besonders wachsam sein."
Der Balance-Akt zwischen der Anerkennung des Hauptfeindes 'Sozialimperialismus' einerseits und der Vermeidung der offenen Vaterlandsverteidigung andererseits, zeigt sich in der Einschätzung der Wehrpolitik



der sozialdemokratischen Regierung. Zwar wird die Bindung des österreichischen Bundesheeres an die NATO festgehalten, aber als das eigentlich Empörende bleibt, daß sozusagen der Osten Österreichs

schutzlos dem Sozialimperialismus preisgegeben wird ...

Das Floß, auf das sich die KB-Maoisten vor dem endgültigen Absacken in die offene Vaterlandsverteidigung vorläufig gerettet haben, ist der Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs. "Gegen den Ausverkauf der Unabhängigkeit des Landes!" Auf dieser Grundlage ist beiden Flügeln Rechtgetan und lassen sich noch längere Zeit allerlei Zweideutigkeiten verzapfen ...

FAZIT

Der 1. Mai hat einmal mehr die vollständige Perspektivlosigkeit der anderen Organisationen aufgezeigt, die einen kommunistischen Anspruch erheben. Der senilpazifistische Stalinismus der KPÖ, der jugendlichere Reformismus des KB und der hilflose Zentrismus der GRM haben ihren programmatischen Bankrott offengelegt. Von diesen Organisationen hat die Arbeiterklasse keine Antwort auf ihre Probleme zu erwarten. Aber erstmals seit Jahrzehnten ist in Form unseres kleinen Blocks ein Kaderkern aufgetreten, der den Weg beschritten hat zum Aufbau der kommunistischen Partei in Österreich als Teil der wiederaufzubauenden IV. Internationale, die im Weltmaßstab die Führungskrise des Proletariats lösen wird!



WEHRGESETZNOVELLE: AUFRÜSTUNG GEGEN DIE ARBEITERKLASSE !

Mit dem Slogan der Wehrzeitverkürzung auf 6 Monate ging die Kreiskysche SP in den Wahlkampf 197o. Keineswegs antimilitaristische Gedanken bewegten jedoch die führenden Sozialdemokraten, vielmehr hatten sie die Modernisierung und Rationalisierung aller Bereiche des österreichischen Kapitalismus - so eben auch des Bundesheeres - auf ihre Fahnen geschrieben. Die Offiziere klagten über die mangelnde Einsatzfähigkeit der Armee und Minister Lütgendorf überzeugte sich bei seinem Amtsantritt davon. Als er einen nächtlichen Einsatzbefehl gab, dauerte es viele Stunden, bis alle Truppenteile fähig waren, auszurücken; teilweise waren nicht einmal die führenden Offiziere anwesend, für die Lastwagen kein Benzin vorhanden usw.

Durch die Heeresreform sollte Schluß gemacht werden mit dieser 'Schlamperei'und darüberhinaus eine Bereitschaftstruppe von etwa 35.ooo zeitverpflichtetenBerufssoldaten aufgestellt werden, die den Kern des Heeres darstellen und seine Schlagkraft erhöhen sollte. Im Zuge dieser Umstrukturierung der bürgerlichen Armee, so der Plan der Regierung, könnte dann durchaus, unter Vermeidung der sonst üblichen Leerläufe, die Präsenzdienstzeit verkürzt werden, ohne daß dies der erwünschten Schlagkraft schaden würde.

Ein weiterer Aspekt, der die Zugkraft dieses Wahlschlagers noch erhöhte, war das Vorhandensein breiter pazifistischer und antimilitaristischer Stimmungen in der Jugend. Kreisky nützte diese Illusionen aus und materialisierte sie geschickt in Wahlstimmen für die SPÖ.

Doch nun wollen Kreisky und der 'Mordssteher' Lütgendorf auch diese 'Errungenschaft' liquidieren. Ihr Programm sieht die Militarisierung einiger ziviler Bereiche vor, wie die Ersetzung allen Zivil- durch Militärzte bei den Stellungsuntersuchungen und die Kasernierung der Stellungspflichtigen während dieser Zeit. Weiters soll durch Zwangsverpflichtung zu Kaderübungen ein Teil der Soldaten länger dienen, Chargen und Unteroffiziere 1o Monate, Offiziere 11 Monate. Diese Verpflichtung soll laut Armeekommandant Spanocci jährlich 5ooo Präsenzdiener treffen, das Heeresministerium spricht

sogar von 7ooo. Ist die Wehrgesetznovelle erst einmal im Parlament verabschiedet, so hat die Regierung noch'größeres' vor. Sie will die Kaderübungen ausbauen und wird dafür wahrscheinlich jährlich 1o.ooo bis 12.ooo Wehrpflichtige benötigen.

Die Hintergründe der Wehrgesetznovelle sind hinreichend klar. Die Sozialdemokratie konnte ihr ursprüngliches Wehrkonzept nicht verwirklichen. Die zum Aufstellen der Bereitschaftstruppe notwendigen Freiwilligen blieben aus. Zwar brachte die ansteigende Zahl an Arbeitslosen vermehrte Kader, doch waren es nicht genügend, so daß der Bedarf auch nicht annähernd gedeckt werden konnte. Nun soll das notwendige Kontigent zwangsweise aufgestockt werden.

Die 'Notwendigkeit' dieser Novelle mußte nun die Parteispitze der SP der Jugend und insbesondere der Parteijugend erklären. Als es vor und auf dem 1.Mai zu lautstarken Protesten der SJ und der JG kam, verstieg sich Kreisky - um die Unmutsäußerungen zu kanalisieren - zu der demagogischen Äußerung, daß das Bundesheer keine Einrichtung der Bourgeoisie, sondern eine solche des Volkes sei und da sei es eben die Pflicht eines jeden, sein 'Schärflein' dazu beizutragen. Wörtlich sagte er:"Es ist nicht wahr, daß das Bundesheer eine Einrichtung der Reaktion ist. Das österreichische Bundesheer ist eine Einrichtung der Republik, geschaffen zum Schutz dieser Republik. Daran ändert auch nichts, daß das Bundesheer im Bürgerkrieg mißbraucht wurde."
Doch diese 'Republik', von der Kreisky sprach, ist nun einmal die Republik der Kapitalisten und diese Armee nun einmal ihr wichtigstes Unterdrückungsinstrument gegen den 'inneren Feind' - die Arbeiterklasse! Das Bundesheer wurde 1934 keineswegs mißbraucht, im Gegenteil, es erfüllte bloß seine Pflicht, die eben darin bestand, die Arbeiter niederzuschießen. Wenn Kreisky versucht, mit solchen plumpen Finten die Wahrheit zu verdrehen, verfolgt er damit nur einen Zweck: Er will vertuschen, daß die SPÖ heute an vorderster Front die Interessen der herrschenden Klasse vertritt!

Die Bereitschaftstruppe, welche heute aufgebaut wird, ist also vor allem gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Dies beweisen die sich mehrenden Manöver, die die Armee auf den Einsatz in Situationen zugespitzten Klassenkampfes vorbereiten sollen.

Die Wehrgesetznovelle muß als Teil der Gesamtpolitik der Sozialdemokratie gesehen werden. Sie ist es, die die Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf den Rücken der Arbeiterklasse überwälzt, und sie ist es, die den starken Staat vorbereitet, um diese arbeiterfeindliche Politik durchsetzen zu können.

Für die Wehrgesetznovelle zeichnet die gesamte Sozialdemokratie verantwortlich. Lütgendorf hat sie entworfen, um sie dann nach kurzem Scheingefecht mit dem SP-Vorstand, als 'vertretbaren' Kompromiß zu verkaufen. Keineswegs hat der SP-Vorstand vor Lütgendorf kapituliert, wie es uns die 'Volksstimme' weismachen will. Daher lehnen wir die Forderung 'Weg mit Lütgendorf', die von KPÖ, KB und GRM vertreten wird, entschieden ab. Sie verstärkt bloß die Illusionen in die SPÖ und in den bürgerlichen Staat. Würde es etwa einen Unterschied machen, wenn die Novelle von Spanocci oder einem anderen General durchgesetzt werden würde? Durch das Austauschen von Personen, ändert sich nicht an der Politik der SP und am Charakter des Bundesheeres!

SP-LINKE KRIECHT ZU KREUZE!

Die 'Linken' in der SPÖ haben einmal mehr bewiesen, was sie wert sind. Als Lütgendorf und Kreisky die Wehrgesetznovelle präsentierten, erhoben die 'linken'Bonzen ein wildes Geschrei. Am 1. Mai waren im SP-Aufmarsch vereinzelt Transparente wie 'Weg mit Lütgendorf' und '6 Monate sind genug, alles andere ist Betrug' zu sehen. Jedoch, dieser 'Radikalismus' war nur von kurzer Dauer. Am 6. Mai zumParteivorstand zitiert, ging Konecny völlig in die Knie. Um seine 'linke'Karriere nicht zu gefährden, erklärte er, daß er grundsätzlich mit der Novelle einverstanden sei, nur solle man "für Kaderübungen den Grundsatz der Freiwilligkeit stärker in den Vordergrund stellen, während das verpflichtende Element eher als Notanker anzusehen sei" (AZ). Außerdem behalte er sich vor, "eine vom Parteivorstand abweichende Meinung zu haben und diese bei Gelgenheit zu äußern". Kreisky wird ihm sicherlich diese eine 'Marotte' gestatten, ist er doch durch und durch 'Demokrat'. Wirklich, eine jämmerlichere Rolle als dieser Konecny sie spielte, kann man sich kaum mehr vorstellen.

Die Funktion der SP-'Linken' wurde jedenfalls wieder einmal deutlich: den Unmut

kanalysieren und verhindern, daß Unzufriedene, klassenbewußte Arbeiter mit der Sozialdemokratie brechen!

KPÖ, KB-WIEN und GRM: NATIONALISMUS, SEKTIERERTUM UND OPPORTUNISMUS!

In einem Leitartikel der 'Volksstimme', vom 7. Mai schreibt Muhri: "Wir wollen keineswegs alle Offiziere und Generäle des heutigen Bundesheeres in einen Topf werfen. Wir wissen, daß es unter ihnen aufrechte Österreicher und Demokraten gibt".
Für die KPÖ ist die Welt dann wieder in Ordnung, wenn die Heeresausgaben etwas gesenkt, menschlichere Kasernen gebaut und die Schleiforgien eingestellt werden. Ihre Angriffe richten sich ausschließlich gegen Deutsch-nationale im Bundesheer. Doch erhielten die Soldaten im Februar 1934 ihre Befehle nicht auch von 'aufrechten Österreichern', die sich selbstverständlich irgendwo auch als 'Demokraten' verstanden?

Als Antwort auf die Wehrgesetznovelle kann die KPÖ nichts als den österreichischen Nationalismus bieten.

Am 11. und am 13. Mai gab es jeweils eine Demonstration mit ca. 4oo bis 5oo Teilnehmern. Die erste wurde vom KB-Wien die zweite von der KPÖ, gemeinsam mit der GRM und dem VSM organisiert. Die Maoisten sind offenbar der Meinung,sie seien die zentrale Kraft des Klassenkampfes. Nicht anders jedenfalls ist der Inhalt eines Plakates zu verstehen, wonach die Maoisten SJ, JG und die KP-Organisationen auffordern, sich an ihrer Demonstration zu beteiligen. Eine Aktionseinheit mit der KPÖ kam nicht zustande. Beide Seiten strebten sie auch nicht an. Das Vorgehen dieser beider reformistischen Organisationen ist auf das Schärfste zu verurteilen. Um den Kampf wirkungsvoll zu führen, wäre eine breite Aktionseinheit notwendig gewesen, unter der zentralen Losung 'Weg mit der Wehrgesetznovelle', bei völliger Propagandafreiheit aller beteiligten Organisationen. Dem Druck der KPÖ völlig nachgegeben hat die GRM. Während die noch in der 'rotfront', Nr. 4/5 richtig schrieb: "Die Novelle ist ein Kind der Sozialdemokratie. Sie trägt die volle Verantwortung und nicht der 'Fighter' Lütgendorf! Lü hat die Novelle nur ausgearbeitet", taucht die Losung 'Weg mit Lütgendorf'schließlich auf ihrem Plakat, mit dem sie zur Demonstration aufrief,auf. Dieser Widerspruch wird erklärbar, wenn man bedenkt, daß die GRM in den Augen der KPÖ 'seriös' erscheinen wollte. Nur ja nicht anecken war ihre Devise. Kein Organisationstransparent (das ist doch 'sektiererisch') und keine kritische Losung gegenüber dem Nationalismus der Stalinisten.Mit diesem Verhalten stellt sich die GRM voll hinter den Reformismus der KPÖ. Nicht nur hier, sondern auch bei der Aktionseinheit zur Slowenendemonstration spielt sie die linke Flankendeckung der KPÖ und ist sicherlich damit zufrieden, wenn sie 'geachtete' Redner stellen kann. Damit aber beraubt sie sich selbst der Waffe der Aktionseinheit, die nur dann zur Wirkung kommen kann, wenn in der Aktion selbst, die Politik des Reformismus einer schonungslosen Kritik unterzogen wird und die revolutionäre Perspektive aufgezeigt wird. Die Arbeitervorhut,die die GRM neuerdings anbetet, wird so jedenfalls von ihr kaum gewonnen werden können. Und diejenigen, die sie mit dieser Politik dennoch gewinnt, rekrutiert sie keineswegs auf revolutionärer Basis!

DIE BÜRGERLICHE ARMEE - REPRESSIONSINSTRUMENT DER HERRSCHENDEN KLASSE!

Kommunisten gehen bei ihrer Stellung zur bürgerlichen Armee davon aus, daß diese das wichtigste Unterdrückungsinstrument des bürgerlichen Staatsapparates ist, welches ausschließlich der Erhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft dient - unabhängig davon,ob es sich um eineArmee von Berufssoldaten (wie in England),oder ein Heer von Präsenzdienern (wie in Österreich) handelt.

Die Sicherung der Klassenherrschaft - sowohl nach innen, als auch nach außen - kann von dieser Armee aber nur dann gewährleistet werden, wenn sie de facto einen Staat innerhalb des Staates bildet. Die bürgerlich-demokratischen Rechte,die außerhalb der Armee die Grundlagen der bürgerlichen Herrschaft nicht immer gefährden, sind innerhalb dieser völlig außer Kraft gesetzt. Der Soldat - der ja Arbeiter, Bauer oder Kleinbürger in Uniform ist - soll durch Drill, Kadavergehorsam seiner Klasse entfremdet und zum willigen Werkzeug der reaktionären Offi-

zierskaste werden. Um dies zu erreichen, werden eben Versammlungs-, und Pressefreiheit, sowie das Recht auf freie politische Betätigung in der Armee außer Kraft gesetzt.

Die konkrete Erfahrung der Arbeiterbewegung zeigt deutlich, daß die Durchdringung der Armee mit demokratischen Forderungen - also die Bildung von Soldatenkomitees, die freie politische Propaganda usw. - stets zu einer tiefen Krise dieses Instrumentes führen muß. In Verbindung mit einem Ansteigen der Klassenkämpfe,der Entstehung von Arbeiterräten,bedeutet dies stets eine revolutionäre Krise der bürgerlichen Gesellschaft, wie in Deutschland und Österreich 1919, Rußland 1917 und Portugal 1975.

Die Wiederherstellung der Disziplin in der Armee ist damit Priorität der bürgerlichen Politik und diese Wiederherstellung, d.h. ihr gelingen, ist meist auch mit einem - oft nur vorübergehenden - Sieg der Bourgeoisie auf gesamtgesellschaftlicher Ebene verbunden. Die Bedeutung der antimilitaristischen Arbeit der Revolutionäre kann damit nicht hoch genug eingeschätzt werden. Gegen ein intaktes, voll einsatzfähiges Heer kann die Arbeiterklasse niemals siegen. Dem Ziel der Bourgeoisie, die Armee aus den Klassenauseinandersetzungen 'herauszuhalten', muß die Arbeit der Revolutionäre innerhalb dieser Armee einen Strich durch die Rechnung machen.
Diese Arbeit muß von zwei Prioritäten ausgehen: zum ersten, die Einbringung von demokratischen Forderungen in die Armee, wie Versammlungsfreiheit, Rederecht, Recht auf freie politische Betätigung in der Armee usw. Die Durchsetzung dieser Forderungen würde die gesamte Armee lähmen und unfähig machen, ihre Rolle zu erfüllen. Demokratische Forderungen erlangen also in der Armee eine besondere Sprengkraft.
Zum zweitenmuß die revolutionäre Propaganda der bürgerlichen bewaffneten Macht,die Bewaffnung der Arbeiterklasse entgegenstellen. Diese revolutionäre Propaganda muß davon ausgehen, daß der Feind der Arbeiterklasse in imperialistischen Nationen immer die eigene Bourgeoisie ist,also immer im eigenen Land steht.Dem Nationalismus der Offiziere müssen die Revolutionäre die internationalen Interessen der Arbeiterklasse, die aktive Solidarität mit den unterdrückten Nationen entgegenstellen. Den Arbeitern und Bauern in der Armee muß klar werden, daß die Klassenspaltung nicht mit dem Verlassen des Betriebes aufhört, daß diese Spaltung auch und besonders in der Armee weiterbesteht.Der reaktionären Propaganda der Unteroffiziere und Offiziere stellen wir die Propaganda der bewaffneten Arbeiterklasse, der Arbeitermiliz und des revolutionären Defaitismus gegenüber.

Von dem ausgehend muß klar sein, daß jede pazifistische Haltung - sei sie auch noch so 'links' gefärbt - auf das entschiedenste bekämpft werden muß. Es wäre unverantwortlich, die Soldaten vollends der Propaganda der Reaktionäre und Faschisten zu überlassen, die ihr Gift in die Gehirne der jungen Arbeiter träufeln. Es ist absolute Pflicht für jeden Revolutionär, seinen 'Dienst' in der bürgerlichenArmee anzutreten und diesen dazu zu benützen, Kenntnisse im Umgang mit Waffen zu erlernen und revolutionäre Propaganda zu entfalten.

Der Pazifismus ist eine reaktionäre bürgerliche Strömung, Agent der Bourgeoisie, der die Arbeiterklasse entwaffnen will. Aktionen, wie das vor Jahren eingeleitete Volksbegehren zur Auflösung des Bundesheeres, werden von Kommunisten ebenfalls abgelehnt. Die Stoßrichtung dieses Volksbegehrens war auf die Aufstellung eines Berufsheeres gerichtet, welches eine weit größere Gefahr für die Arbeiterklasse darstellen würde, als die jetzige Form der bewaffneten bürgerlichen Macht.
Jeder junge Arbeiter und Bauer, der gezwungen wird,den Waffenrock der Bourgeoisie anzuziehen, muß mit offenen Augen in dieses Heer gehen, lernen,wie Waffen zu gebrauchen sind, damit er später diese Waffen gegen den Klassenfeind richten kann. Das ist das Ziel der revolutionären Arbeit in der Armee.

Jede unabhängige Bewegung in dieser Armee, jede Formierung der Soldaten gegen die Offizierskaste muß mit der Arbeiterbewegung verbunden werden. Gerade die Erfahrung in Portugal zeigt deutlich, daß die Soldatenräte mit den Räten der Arbeiterklasse koordiniert werden müssen, um ihr Ziel erreichen zu können.

Die Keimformen der Arbeitermiliz, bewaffnete Streikposten, die Soldatenräte,die durch ihre Arbeit den Einsatz der Armee gegen die Arbeiter erschweren und schließlich verhindern, die Verbindung dieser Keimformen der Arbeitermiliz mit diesen Räten, ihre nationale Ausweitung und Koordinierung - das alles, läutet den Totengesang der Bourgeoisie ein!

GRÜNDUNG DER IKL!

Nach einer mehrmonatigen Diskussionsperiode zwischen dem Kommunistischen Kollektiv und spartacus-Wien wurde zu Ostern 1976 die Fusion beider Gruppierungen zur 'Internationalen Kommunistischen Liga', mit dem Zentralorgan 'permanente revolution' vollzogen. Die IKL - die Anfang Herbst ihre programmatischen Grundlagen in Form einer 'politischen Erklärung' vorlegen wird - versteht sich als eine befreundete Organisation des deutschen Spartacusbundes, mit dem sie programmatisch und organisatorisch auf das Engste verbunden ist.

Die Krise der portugiesischen Revolution und die schwere Niederlage der argentinieschen Arbeiterklasse zeigen an, daß die Führungskrise des Weltproletariats noch keineswegs behoben ist. Im Gegenteil, alle internationalen Strömungen, die sich auf den Trotzkismus berufen, versagten auf die eine oder andere Art.

Von Beginn ihres Bestehens an, wird die IKL mit allen ihren verfügbaren Kräften für den Aufbau einer internationalen trotzkistischen Tendenz arbeiten. Daraus folgt, daß die IKL jedes Konzept des Parteiaufbaues, wonach zuerst 'starke' nationale Organisationen aufzubauen wären und erst danach an eine internationale Orientierung gedacht werden kann, entschieden ablehnt. Die Rekonstruktion des marxistischen Programms und der Wiederaufbau der IV. Internationale sind untrennbar mit einer internationalen Organisierung der Revolutionäre verbunden. Das Hirngespinst, wonach einige 'kluge Köpfe' in ihren Kämmerchen das revolutionäre Programm konstruieren könnten, ist ebenso zurückzuweisen, wie die Annahme, daß ein internationales Programm bloß die Erfahrungen einiger Gruppen zusammenfaßt.

Revolutionäre wird man nicht an ihrem Anspruch,solche zu sein.messen, sondern an den praktischen und theoretischen Ergebnissen ihrer Arbeit zu den Zentren der beginnenden europäischen Revolution - Portugal und Spanien. Die Konsequenzen einer solchen Haltung sind für die IKL klar und eindeutig: heute ist es wichtiger,in Portugal und Spanien zu intervenieren, bzw. eine solche Intervention zu unterstützen, als sofort alle Kräfte in den Aufbau von Ortsgruppen der IKL in Österreich zu werfen. Aufbau der internationalen trotzkistischen Tendenz und Aufbau der IKL sind für uns keineswegs zwei Ebenen. Der Aufbau der IKL, ihr Erfolg im Umgruppierungsprozeß ist im Gegenteil von ihrer internationalen Arbeit abhängig. National-trotzkistisches Dasein muß zu Degenerationserscheinungen führen.

Mit der Verabschiedung der 'notwendigen internationalen Initiative', gemeinsam mit dem Spartacusbund und der italienischen FMR,wurde bereits ein erster konkreter Schritt in die Richtung des Wiederaufbaues der IV. Internationale gesetzt. Diese 'Initiative' ist mehr als ein Stück Papier zur abstrakten Diskussion. Mit dieser 'Initiative' werden die genannten Organisationen an verschiedene Gruppen herantreten, die sich auf den Trotzkismus berufen und deren Stellung zu den aufgeworfenen Punkten einen Diskussionsprozeß notwendig und sinnvoll erscheinen läßt. Daneben ist es aber nötig, die vorhandenen ungeklärten programmatischen Punkte zwischen der IKL und dem Spartacusbund einerseits und der FMR andererseits zu klären. Eine internationale trotzkistische Tendenz wird etwas völlig anderes sein, als ein Propagandablock - d.h. sie wird auf der Basis des demokratischen Zentralismus organisiert sein, mit einer internationalen Leitung. Der Aufbau dieser Tendenz kann nicht als die 'Zusammenlegung' der programmatischen Ansätze der einzelnen Organisationen verstanden werden. Von Beginn an müssen theoretische Diskussionen, muß die Programmatik in der praktischen Aktion überprüft und gefestigt werden. Die Durchführung von internationalen Aktionseinheiten auf der Basis der 'internationalen Initiative' weist so klar die Richtung des Wiederaufbaues der IV. Internationale!

Die IKL versteht sich als eine Propagandagruppe, deren Hauptaufgabe darin besteht, durch die Anwendung der Taktik der Umgruppierung zentristisch und reformistische Barrieren für den Aufbau der Partei politisch zu zerstören. Die konkrete Anwendung dieser Taktik kann nicht auf dem grünen Tisch bestimmt werden, ebensowenig wie der bevorzugte Partner dieser Umgruppierung. Bei der momentanen quantitativen Schwäche der IKL versteht es sich von selbst, daß es eine gefährliche Illusion wäre, anzunehmen, daß es möglich wäre, unmittelbar eine Alternative zu den beiden großen reformistischen Parteien aufzubauen. Eine der Hauptaufgaben der IKL besteht ohne Zweifel darin, aufzuzeigen, daß der Anspruch der verschiedenen Strömungen, die sich auf den Trotzkismus berufen, absolut ungerechtfertigt ist. Das bedeutet konkret in Österreich einen politischen Kampf gegen die GRM, die österreichische Sektion des 'Vereinigten Sekretariats'. Dieser Kampf kann aber niemals zielführend sein, indem man einige 'Schandtaten' des VS ständig wiederholt und daneben seine 'unbefleckte Weste' präsentiert.

Revolutionäre müssen vielmehr beweisen, daß die politische Methode des VS - der Pablismus - unfähig ist, das zu erreichen, was er vorgibt anzustreben - die Lösung der Führungskrise des Proletariats.

Revolutionäre wird man an ihrer Stellung zum Übergangsprogramm messen. Das Versagen der verschiedenen internationalen Strömungen, die sich auf den Trotzkismus berufen, ist gerade hier deutlich. Ist das Übergangsprogramm für das VS (sowohl für die Mehrheit als auch für die Minderheit) ohne jede praktische Bedeutung, also zu einem leblosen 'Erinnerungsstück' geworden, so wurde dieses Programm für andere Strömungen (Lambertisten, Spartacist-Tendenz) zu einer Sammlung 'hoher Prinzipien', die verbal-orthodox ständig wiederholt werden, ohne sie mit realen Inhalten füllen zu können. Die Position der IKL besteht darin, daß sie sowohl die Methodik des ÜP, als auch die wesentlichen konkreten Aussagen voll anerkennt (eine Position, die sich nur dazu aufschwingen kann, allein die Methodik anzuerkennen, versteckt damit zumeist nur ihren Revisionismus - welcher Revisionist hätte jemals geleugnet, in der Methodik Marxens zu stehen?). Aber gleichzeitig müssen Revolutionäre erkennen, daß verschiedene Entwicklungen nach 1945 nicht in diesem Programm berücksichtigt werden konnten (Rekonstruktionsphase des Imperialismus, deformierte Arbeiterstaaten). Das bedeutet, daß dieses Programm erweitert werden muß, daß das revolutionäre internationale Programm erklären muß, wie es zur Degeneration der IV. Internationale kommen konnte. Das Zusammentragen von Bruchstücken einzelner nationaler Organisationen hilft dabei keineswegs.

Entschieden bekämpft werden muß darüber hinaus jede Position, wonach das ÜP ein Programm wäre, daß nur für eine revolutionäre Periode taugt, eine Positition also, die das revolutionäre Programm der momentanen politischen Stimmung der Arbeiterklasse anpaßt. Damit wird das Programm an die Arbeiterklasse angepaßt und nicht umgekehrt die Klasse auf das Niveau des Programms gehoben. Das revolutionäre Programm wird ausgehend von den objektiven Bedingungen formuliert. Es drückt die notwendigen Schritte der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen kapitalistische und stalinistische Unterdrückung aus. In einer Situation, in der die revolutionäre Organisation die Größe und Verankerung einer Propagandagruppe hat und der aktuelle Stand der Klassenkämpfe in dem betreffenden Land gering ist, steht vor allem die Propaganda mit dem Programm und für das Programm auf der Tagesordnung. Bei einem Aufschwung der Klassenkämpfe werden einzelne Losungen dieses Programms aus dem Zusammenhang hervorgehoben - zu aktuellen Kampflosungen - ohne diesen zu verlieren! Jede Forderung des revolutionären Programms führt zu einer Konsequenz: der Machteroberung der Arbeiterklasse und der Errichtung der Diktatur des Proletariats!

DER REFORMISMUS - BÜRGERLICHE POLITIK INNERHALB DER ARBEITERBEWEGUNG !

Wie die Sozialdemokratie 1914 mit der Zustimmung zum imperialistischen Krieg ihren qualitativen Charakter veränderte, so ging die KomIntern nach der Niederlage des deutschen Proletariats 1933 diesen Weg.

Reformistische Politik - das bedeutet in der Epoche des faulenden Kapitalismus in

jedem Falle konterrevolutionäre Politik, Politik im Interesse der Bourgeoisie. Zwischen den beiden internationalen reformistischen Strömungen - Stalinismus und Sozialdemokratie - besteht kein qualitativer Unterschied, was nicht bedeutet, daß die konkreten Erscheinungsformen dieser Politik von den Revolutionären berücksichtigt werden müssen. Im Gegenteil, diese Berücksichtigung und die Anwendung einer konkreten Taktik gegenüber den reformistischen Parteien kann für das Proletariat und seine revolutionäre Organisation lebenswichtig sein.

Reformismus - das ist konterrevolutionäre bürgerliche Politik innerhalb der Arbeiterbewegung. Was diese Parteien von den traditionellen bürgerlichen Parteien unterscheidet, ist ihr besonderes Verhältnis zur Arbeiterklasse. Um ihre Funktion - die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft - erfüllen zu können, müssen sie sich in organisierter Form - über Partei und Gewerkschaft - auf die Arbeiterklasse stützen. Das bedeutet aber auch, daß sie dem Druck der Arbeiterklasse ausgesetzt sind und auf ihre Art und Weise auf diesen Druck reagieren müssen. Aus diesem Grund wenden Revolutionäre besondere taktische Methoden gegenüber diesen Parteien an (Einheitsfront, Arbeiterregierung, Entrismus).

Jede dieser taktischen Methoden hat aber stets ein Ziel:die Loslösung der Arbeiter von den verräterischen Führungen.

Wenn wir auch keinen qualitativen Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Stalinismus setzen, so müssen Revolutionäre dennoch die konkreten Unterscheidungsmerkmale zwischen diesen beiden reformistischen Strömungen berücksichtigen. Die Existenz des degenerierten Arbeiterstaates Sowjetunion und der anderen deformierten Arbeiterstaaten (Osteuropa, China, Kuba, Vietnam, Korea, Jugoslawien) und die besondere Stellung der stalinistischen Parteien zu den,in diesen Staaten herrschenden Bürokratien,machen eine solche Berücksichtigung notwendig.

In all diesen Ländern wurde zwar die kapitalistische Produktionsweise beseitigt (aus diesem Grund verteidigen wir sie auch gegen jeden Angriff des Imperialismus) aber gleichzeitig die Arbeiterklasse politisch entmachtet, bzw. eine solche Machtausübung verhindert. In allen diesen Ländern gilt es, revolutionäre Parteien aufzubauen, die das Proletariat in der politischen Revolution gegen die herrschenden Bürokratien - die der Agent des Imperialismus auf dem Boden des Arbeiterstaates sind - führen werden.

Kein qualitativer Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Stalinismus - das bedeutet für uns: ungeachtet der verschiedenen 'Linkswendungen' eine der beiden Strömungen (was entweder dem Druck der Arbeiterklasse oder der außenpolitischen Linie einer Bürokratie geschuldet ist) ist keine von ihnen in der Lage, den Kapitalismus zu beseitigen und das Proletariat zur siegreichen Revolution zu führen. Die Politik des Reformismus muß zur Niederlage der Arbeiterklasse führen. Im 'besten' Falle wird die Folge dieser Politik die Entstehung eines deformierten Arbeiterstaates sein, in dem die Arbeiterklasse entrechtet und unterdrückt ist!

FÜR DEN AUFBAU EINER REVOLUTIONÄREN PARTEI IN ÖSTERREICH !

FÜR DEN AUFBAU EINER INTERNATIONALEN TROTZKISTISCHEN TENDENZ !

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER VIERTEN INTERNATIONALE !

EINE NOTWENDIGE INTERNATIONALE INITIATIVE!

Der neue Aufschwung der Weltrevolution, der am Ende der 60er Jahre begann, fand eine seiner schärfsten Ausformungen in Portugal, qualitativ und quantitativ. Die verlängerte vorrevolutionäre Situation, mit der die portugiesischen Massen konfrontiert waren, und die entscheidende Rolle, die städtisches und ländliches Proletariat im Laufe der Ereignisse spielten,haben erneut zwei Elemente bekräftigt, auf die sich eine revolutionäre Perspektive für unsere Epoche gründet: Die Verschärfung der historischen Krise des Weltimperialismus und die Notwendigkeit des Aufbaus einer internationalen revolutionären Führung, die den Kampf der Massen zum einzig möglichen Ausgang führen kann, zur proletarischen Revolution und dem Beginn des Übergangsprozesses zum Sozialismus im Weltmaßstab.

Der Prozeß der permanenten Revolution, der in Portugal begann, stellt von diesen beiden – eng miteinander verbundenen – Gesichtspunkten her eine gleichzeitig dramatische und fundamentale Demonstration der Lücke dar zwischen der Reife der objektiven Bedingungen für die Beseitigung des kapitalistischen Systems und dem Fehlen der subjektiven Bedingungen, die einen solchen Schritt erlauben würden. Der portugiesische Prozeß hat die Verwundbarkeit des Imperialismus in einer seiner traditionellen Hochburgen gezeigt, indem er gleichzeitig erneut die dialektische Beziehung deutlich machte, die den Befreiungskampf der Völker unter kolonialier Unterdrückung und Ausbeutung mit dem proletarischen Kampf in den imperialistischen Ländern verbindet. Der eine fördert die Entwicklung des anderen und umgekehrt, während beide zur Verschärfung des Klassenkampfes im Weltmaßstab beitragen.

Die Bedeutung des revolutionären Prozesses, der in Portugal begann, sollte ebenfalls von einem anderen Gesichtspunkt her betrachtet werden, d.h. in bezug auf die Art und Weise, wie er erneut die Diskussion und Konfrontation über die fundamentalen Fragen revolutionärer Strategie auf die Tagesordnung gesetzt hat – nicht abstrakt, sondern vom konkreten Boden des Klassenkampfes her: von der unwiderruflichen Bestätigung her – für die, die es vergessen haben – der führenden Rolle des Proletariats im allgemeinen Prozeß der Emanzipation und der Unmöglichkeit einer Etappe derdemokratischen Revolution, die nicht die Hauptzüge des Arbeiterkampfes gegen die Macht des Kapitalis trägt, bis zu dem katastrophalen Ergebnis, das die Politik der Klassenkollaboration und die Existenz von reformistischen konterrevolutionären Führungen für die Entwicklung des Klassenkampfes haben kann.

Sechs provisorische Regierungen – auf unterschiedliche Art und Weise basierend auf der Kollaboration zwischen der Bourgeoisie und Organisationen, die beanspruchen, im Namen der Arbeiterklasse zu sprechen – haben dazu beigetragen, den Aufschwung der Massen zu brechen, ihn auf den Boden der Verteidigung von Interessen abzuleiten, die den autonomen Interessen des Proletariats fremd sind, dieses politisch und militärisch zu entwaffnen angesichts der unvermeidlichen bürgerlichen Gegenoffensive, die Ende November mit einem Teilerfolg eintrat.

Der Grad an erreichter proletarischer Mobilisierung und die Existenz der ersten embryonalen Formen autonomer Organisationen der Arbeiterklasse – geschaffen durch eineinhalb Jahre des Kampfes – verhinderten, daß der Teilerfolg der Bourgeoisie Ende November eine allgemeine Niederlage des Proletariats wurde, daß noch einmal die chilenische Erfahrung wiederholt wurde. Die Situation der teilweisen Wiederherstellung der bürgerlichen Macht in Portugal wird nicht unbegrenzt andauern, noch wird es eine stabile Lösung geben, ohne daß eine der beiden Hauptklassen, die einander gegenüberstehen, ihre eigenen Klassenherrschaft wiederhergestellt bzw. zum erstenmal hergestellt hat. Die künftige Entwicklung der portugiesischen und spanischen Revolution und die Auswirkungen, die beide für die Dynamik der proletarischen Revolution in Europa und in der Welt haben können, zwingen die Revolutionäre, ihre Anstrengungen beim Aufbau der revolutionären Partei der Arbeiterklasse zu verstärken und jeden Tag größere Verantwortung zu tragen auf dem Weg der revolutionären Rüstung auf der iberischen Halbinsel.

Es gibt viele Lehren – alte und neue –, die Revolutionäre aus dem portugiesischen Ereignissen ziehen können und müssen.
Zum ersten, was die konterrevolutionäre Rolle reformistischer Parteien betrifft, der stalinistischen oder der sozialdemokratischen . Gegen jede Illusion, daß Stalinismus oder Sozialdemokratie unter Massendruck gezwungen werden könnten, eine positive Rolle im revolutionären Prozeß zu spielen, haben PCP und PS ihr wahres Gesicht von unwiderruflichen Feinden der Diktatur des Proletariats, von Werkzeugen in den Händen des kapitalistischen Systems, von Instrumenten der Spaltung der Arbeiterklasse, von Hindernissen auf dem Wege der Gewinnung anderer sozialer Verbündeter für das Programm der Arbeiterklasse gezeigt. Alle Anstrengungen der PCP waren darauf ausgerichtet, den Druck der Massen Klassenkollaboration und MFA-Führung unterzuordnen. Die PS hat auf ihrer Seite in Erneuerung der Tradition der Scheidemänner und Noskes ebenso die Verantwortung für die Unterstützung des Regierungscoups Ende November übernommen, dem Coup, mit dem die Bourgeoisie – unter Erringung eines Teilerfolgs – versuchte, alle demokratischen, politischen und sozialen Errungenschaften zu beseitigen, die die Massen nach dem 25. April 74 erkämpft hatten.

Die Rolle der zentristischen Gruppen erschien ebenfalls in all ihrem gefährlichen und negativen Charakter, in der Unfähigkeit dem Proletariat eine autonome Lösung zu weisen, eine konkrete Alternative zum Reformismus, einen Weg, die Spaltung, die der Reformismus im Proletariat herstellte, zu überwinden. Ohne revolutionäres Programm, basierend auf der Methode des Übergangsprogramms, ohne den aus der weltweiten Erfahrung des Proletariats durch eine internationale revolutionäre Organisation gezogenen theoretischen Hintergrund, und ohne korrektes Verständnis der konkreten Ereignisse, gelangten alle portugiesischen zentristischen Gruppen dazu, auf die eine oder andere Weise auf seiten einer der beiden reformistischen Parteien zu stehen, die das portugiesischen Proletariat spalten, indem sie ihnen linken Flankenschutz für ihre kriminelle Politik der Demo ralisierung der Arbeiterklasse gaben. Es ist offenbar, daß diejenigen sektiererischen und dogmatischen Gruppen (solche wie die Healyisten), die aus Opportunismus oder Angst,sich selbst mit der Realität zu konfrontieren, nicht die Notwendigkeit verspürten, ein Aktionsprogramm für das portugiesische Proletariat zu entwickeln noch eine konkrete Interpretation der Ereignisse, nicht unter die Zentristen gezählt werden.

Im Gegenteil, der Zentrismus war unter dem direkten Druck der reformistischen Parteien nicht in der Lage, der Anziehungskraft der reformistischen Parteien zu widerstehen, indem er die letzteren mit den realen Bedürfnissen der Massen durcheinanderwarf und indem er, anstatt zu helfen, eine autonome Klassenpolitik zu vollenden, dazu beitrug, die Führungskrise des Proletariats zu verschmlimmern.

Dies trifft auch auf die Hauptströmungen zu, die auf internationaler Ebene beanspruchen, im Namen des Trotzkismus zu sprechen, und die in Portugal versuchten, ihrer generellen Methode einen konkreten Ausdruck zu geben. Der Prozeß der permanenten Revolution, der in Portugal begann, war ein neuer Test für die Nichtexistenz einer revolutionären internationalen Leitung, insbesondere der Vierten Internationale und des Programms, das konkret die von Trotzki im Übergangsprogramm ausgearbeitete Methode reflektiert.

Eine dieser Strömungen, die hauptsächlich durch die Positionen der OCI repräsentiert wird, hat sich vom Beginn des revolutionären Prozesses in Portugal an die Linie der Sozialdemokratie angepaßt und hielt auch dann zu dieser,wenn dies Unterstützung für die konkreten und effektiven Initiativen der Konterrevolution mit einbezog, d.h. sie hielt zu ihrer Anti-Streik-Politik und zu ihrem Versuch, Bauern- und Kleinbürgermassen gegen die Arbeiterklasse zu mobilisieren. Die WEigerung, sich für den Weg des Aufbaus einer autonomen Organisation des Proletariats einzusetzen, und der Beschluß, durch die CLMRP (portugiesische Organisation der französischen OCI = Organisation Communiste Internationaliste, Anm. d. Red.) Entrismus in der PS zu machen, sind ein konkreter und dramatischer Beweis für die Entfernung, die die verbale Orthodoxie dieser Organisation von dem Programm des revolutionären Marxismus trennt.

Die Leninistisch-Trotzkistische Fraktion des „Vereinigten" Sekretariats, die sich nun in einem Spaltungsprozeß befindet, hat ebenfalls – nach mehr als dreijähriger Aufrechterhaltung der Fiktion, ein gemeinsames internationales Programm zu besitzen – dank der portugiesischen Ereignisse gezeigt, wo man landen kann mit der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, mit der Verteidigung demokratischer Losungen *als solcher*, außerhalb eines Arbeiterprogramms des Kampfes für den Sozialismus: Partei zu ergreifen für die Reaktion und letzterer zu helfen, nicht nur die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse zurückzunehmen, sondern auch die wichtigsten demokratischen Errungenschaften, die die Arbeiterklasse gewonnen hatte, um besser für ihre eigenen Bedürfnisse zu kämpfen. Die LTF konnte weder den Prozeß der permanenten Revolution verstehen, der in Portugal nach dem 25. April begann, noch den Prozeß der Polarisierung zwischen den Klassen, der sich nach diesem Tag schrittweise in dem Land entwickelte. Sie hat den Klassencharakter des Kampfes nicht verstanden und hat bis zum letzten Moment ein Minimalprogramm der „reinen Demokratie" vorgelegt, in dem sie aus der Losung derfür die Konstituierende Versammlung eine strategische Achse machte, auch wenn das Proletariat sich von dieser abwandte, und indem sie nach allem den Massen die Parole der „gewählten Regierung" vorsetzte – in einem Moment, als das Proletariat die sechste Regierung im November mit seinen Kämpfen lahmlegte und sich im Lande die Notwendigkeit der Arbeiterregierung objektiv stellte. Die entscheidende Wende dieser Strömung und ihrer portugiesischen Organisation (das ist die PRT, Anm. d. Red.) zu reformistischen Positionen trat endgültig deutlich zutage während des Ausnahmezustandes und während des versuchten Rechts-putsches durch sechste Regierung Ende November, als sie ihre Na-nationale und internationale Presse in den Dienst der Reaktion stellte, um einen angeblichen „Linksputsch" zu denunzieren. Sicher sind wir auch der Meinung, daß die negative Rolle ultralinker Positionen angeklagt werden sollte; aber dies sollte von linken und revolutionären Positionen aus geschehen und nicht, indem man Partei für die Konterrevolution ergreift – für dieselbe, die heute die Fahne der Demokratie gegen die „kommunistische Gefahr" schwenkt und sie immer schwenken wird, um den Massen gleichzeitig ihre demokratischen Errungenschaften aus den Händen zu reißen. Übereinstimmend mit der Theorie der permanenten Revolution und dem Übergangsprogramm haben die portugiesischen Ereignisse gezeigt, daß jeder Kampf für die Demokratie als solche, außerhalb und gegen das Arbeiterprogramm, nur zu reaktionären Positionen führen kann, die sich genau gegen diese „Demokratie" wenden – die in der Periode des niedergehenden Imperialismus nur bedeuten kann: Macht der Bourgeoisie oder proletarische Diktatur.

Die Übernahme reformistischer Positionen in Portugal durch die LTF bedeutet nicht einen endgültigen Schritt auf die Seite des Reformismus, aber sicherlich stellt sie ernste Probleme für die Organisationen, die sich auf den Trotzkismus beziehen, solange diese Strömung keine Selbstkritik gemacht haben wird und die methodischen Grundlagen ihrer eigenen Fehler verstanden haben wird.

Es ist jedoch nicht die Mehrheit des VS, die der LTF zur Annahme eines revolutionär-marxistischen Programms verhelfen wird. In Portugal war die VS-Leitung zu keinem Moment des revolutionären Prozeßes in der Lage, den arbeitenden Massen eine autonome Alternativposition zu den Illusionen in PCP/MFA vorzuschlagen. Dies war in der Tat nicht möglich, weil das VS ebenfalls – in voller Übereinstimmung mit seiner Theorie der neuen „Massenavantgarde" und seiner Tradition der Anpassung an stalinistische Apparate – kontinuierlich schwankte zwischen Illusionen in die Rolle linker MFA-Führer und Illusionen in die PCP sowie Illusionen über die Möglichkeit, die Rolle der „Partei" einer heterogenen und zentristischen Gruppierung wie derjenigen, die durch die FUR repräsentiert wird, zu übertragen. Auch wenn die Mehrheit des VS nicht bei einer offenen Unterstützung reaktionärer Positionen landete, wie die LTF, war es dennoch nicht in der Lage – und es schafft es auch heute nicht – eine alternative Politik vorzulegen, alternativ zur reformistischen; und es ist deshalb nicht in der Lage, eine revolutionäre Partei in Portugal aufzubauen, die fähig ist, die Massen zu führen.

Gefangen in der Alternative zwischen „Reform oder Revolution", fährt das VS fort zu schwanken, und zeigt auf diese Weise klar jedem die Nicht-Existenz der Vierten Internationale, d. h. einer Organisation, die auf einem revolutionärenProgramm basiert, demokratisch-zentralistisch ist und fähig ist, fortgeschrittene revolutionäre Situationen wie die portugiesische auszunützen, um eine Partei aufzubauen als Vorhut der Klasse, die siegreich die Massen zur Machtübernahme führen kann, als die einzige *positive* Lösung des Kampfes zwischen den Klassen. Das Versagen des VS in Portugal ist kein Unfall auf dem Weg zur Revolution. Vielmehr ist es das direkte Ergebnis des „Zentrismus sui generis", der historisch die Existenz des VS charakterisiert und der im Falle Portugals einen besonderen Ernst für die Bedeutung des portugieisischen Prozesses gewann, für das Beispiel, das ein solcher Prozeß dargestellt hätte für das gesamte europäische Proletariat, und für die fundamentalen Fragen der Strategie, die nach dem 25. April 1974 auf die Tagesordnung gesetzt wurden für alle Tendenzen, die sich auf den revolutionären Marxismus beziehen.

Wenn wir in der Analyse der portugiesischen Ereignisse der negativen Rolle der sich auf den Trotzkismus beziehenden Strömungen solche Bedeutung beimessen, dann nicht wegen der realen Rolle, die diese Strömungen spielten (absolut unbedeutend im quantitativen Verhältnis), sondern weil sie den höchsten Ausdruck – und im Augenblick den konkretesten – der Führungskrisedarstellen, die sich auf die Menschheit auswirkt: das Fehlen der Vierten Internationale und an ihrer Stelle die Existenz besonderer (= sui generis) zentristischer, opportunistischer oder einfach sektiererischer Strömungen, die,während sie sich auf die Vierte Internationale beziehen oder sich selbst als solche proklamieren, ein Hindernis auf dem Weg des Wiederaufbaus der Vierten Internationale, die von Trotzki gegründet und während des Kriegs zerstört wurde, darstellen.

Die Gründung der Vierten Internationale 1938 – trotz ihrer organisatorischen Schwäche – fand auf der Basis eines revolutionären Programms statt, das, indem es alle vergangenen Erfahrungen der Arbeiterbewegung zusammenfaßte und ihre wichtigsten Lehren aufnahm, die Linien der revolutionären Aktion für eine revolutionäre Lösung der Krise des Stalinismus und Imperialismus zeigte, die sich bald mit dem Beginn des 2. Weltkriegs in dramatischer Weise ausdrücken sollte.

Der Hauptvorzug der Methode des Übergangsprogramms bestand in der Fähigkeit, die Hauptentwicklungen des Klassenkampfes im Weltmaßstab in einem Programm für die Machtübernahme zu vereinigen, welches – statt sich an die Ereignisse anzuhängen und sich ihnen unterzuordnen, wie neu und unvorhergesehen sie auch sein mögen – in der Lage sein würde, sie zu analysieren und in konkrete Aktionslinien zu transformieren. Das drückende Gewicht des objektiven Drucks, der durch den Krieg erzeugt würde, der Mangel an erfahrenen Kadern mit Einfluß in der Arbeiterbewegung und schließlich die Ermordung Trotzkis waren die Hauptgründe, wegen denen die Vierte Internationale nicht die Rolle spielen konnte, die Trotzki ihr zugedacht hatte: Ein Anziehungspol für die Strömungen der Arbeiterbewegung zu sein, die mit Stalinismus und Sozialdemokratie brechen und eine internationalistische Position des revolutionären Defätismus zum Kampf der imperialistischen Mächte einnehmen würden. Trotz des persönlichen Beitrags und des Opfers einiger Trotzkisten spielte die Vierte Internationale als solche nicht diese Rolle und verkörperte daher nicht das revolutionär-marxistische Programm, we der zu Beginn des Krieges – wie es der Fall war mit den linken Sozialdemokraten während des ersten Weltkrieges – noch spielte sie eine bedeutende Rolle zu Ende des Krieges, als die erste und notwendige programmatische Bedingung die klare Abgrenzung von der Politik der „sozialpatriotischen" nationalen Einheit des Reformismus gewesen wäre. Im Laufe der großen Massenerfahrung, die die Massen während des bewaffneten Widerstands in Frankreich, Italien, Griechenland, Jugoslawien , China, Indochina usw. erlebten unter der Führung von Programmen, gegründet auf Klassenkollaboration und nationale Einheit, konnte die Vierte Internationale nicht als ein Programm der Klassenunabhängigkeit erscheinen, als das Programm der autonomen Organisation des Proletariats gegen Nationalismus und den bürgerlichen Charakter des Reformismus.

Die organisatorische und programmatische Nichtexistenz der Vierten Internationale während des Weltkrieges machte den Wiederaufbau des imperialistischen Systems möglich, sowie die Teilung der Welt in Einflußsphären, aus denen der Stalinismus die Basis für sein Neuerstarken im Weltmaßstab zog. Der Versuch, die Vierte Internationale wiederaufzubauen, der nach dem Krieg 1946 begann, fand daher in einer völlig modifizierten internationalen Situation statt, in einer Periode des Zurückflutens und der Niederlage des revolutionären Aufschwungs durch den Imperialismus im Bunde mit dem Stalinismus. Der programmatische Bruch, der während des Krieges eintrat und die organisatorische Schwäche waren die Hauptgründe, die die Genossen, die nach dem Krieg mit dem Versuch des Wiederaufbaus der Vierten Internationale begannen, daran hinderten, dem Druck, der von der neuen Stärkung des Imperialismus und Stalinismus im Weltmaßstab herrührte, standzuhalten: Diese Gründe erlaubten es nicht, die neuen Ereignisse seit 1940 in einem revolutionären Programm zusammenzufassen, sondern im Gegenteil, nach einer Anfangsphase sektiererischer Blindheit und globalen Unverständnisses der Realität, riefen sie unter den Genossen, die den Wiederaufbau angegangen waren, einen Prozeß der Anpassung an die Ereignisse hervor. Die Hauptpunkte unter diesen Anpassungen sind nun wohl bekannt: Unvermeidlicher Charakter des Stalinismus, progressive Rolle der herrschenden stalinistischen Führungen in den neuen deformierten Arbeiterstaaten, unvermeidlicher Charakter eines dritten Weltkrieges, Möglichkeit der Reform des Stalinismus unter dem Druck der Massen, Aufgeben der aktiven und führenden Rolle des Proletariats unter bestimmten Bedingungen, das implizite Aufgeben, – was nie offen ausgesprochen wurde – der Vierten Internationale als Weltorganisation des Proletariats, als Alternative zum Reformismus.
Diese wohlbekannte Revision der revolutionären Theorie, die nur eine falsche und idealistische Konzeption der Geschichte allein der Persönlichkeit ihres Hauptträgers – Michel Pablo – zuschreiben kann, drückte in programmatischer Weise den Bruch, den der Weltkrieg im Leben der Vierten Internationale bedeutete aus, und war das letzte Produkt von zwei eng miteinander verbundenen wichtigen objektiven Bedingungen der Niederlage des revolutionären Aufschwungs im Weltmaßstab (konkret ausgedrückt durch die Wiederherstellung der bürgerlichen Macht im größeren Teil der Welt und durch die Schaffung von deformierten Arbeiterstaaten in ein igen Ländern) und die provisorische Stärkung des Imperialismus auf ökonomischem (Nachkriegsboom) und auf politischem Gebiet(friedliche Koexistenz und relative Stärkung des Stalinismus).

Das Versagen des programmatischen Wiederaufbaus der Vierten Internationale drückte sich 1952-54 ebendebenso organisatorisch aus, als sich die trotzkistische Bewegung spaltete, die Pablo–Tendenz in die reformistischen Parteien eintrat und jegliches Projekt, ein alternatives Programm zu entwickeln, aufgab, und als der demokratische Zentralismus zerstört wurde zugunsten der bürokratischen und stalinistischen Methoden, die auch heute noch die wichtigsten internationalen Strömungen charakterisieren, die sich auf den Trotzkismus berufen. Die Zerstörung des demokratischen Zentralismus markierte deshalb den "point of no return" im Prozeß schrittweiser Ausschaltung der ursprünglichen trotzkistischen Grundsätze, da es von diesem Zeitpunkt an bis heute unmöglich war, eine wirklich prinzipielle Diskussion sowie eine wirklich *politische* über die Hauptfrage revolutionärer Strategie zu führen.
Gleichzeitig erlaubte es die formale Berufung auf das Programm des Trotzkismus und auf die Vierte Internationale nicht, daß die Strömungen, die aus der Spaltung 1952-54 entstanden, auf entscheidende Weise vor dem Reformismus kapitluierten, außer in individuellen oder nationalen Fällen. Daher kristallisierte sich auf solche Art das historische Phänomen heraus, das wir "Zentrismus sui generis" nennen, in bezug auf die alte pablistische Strömung und das heutige Vereinigte Sekretariat, um sie vom Zentrismus der aus der Degenera tion der II. und III. Internationale entstand zu unterscheiden. Es ist ein Zentrismus, der aus der programmatischen Zerstörung der Vierten Internationale entstand, unfähig zu seinen Konsequenzen zu gelangen, solange er eine ideologische Beziehung zum Trotzkismus und zum Übergangsprogramm aufrecht erhält.
Während die pablistische Strömung der ersten Gruppierung, die versuchte, die Vierte Internationale nach den Krieg wiederaufzubauen, ihre Politik der zentristischen Anpassung an die Ereignisse, die im Weltmaßstab stattfanden, fortsetzte, blieb der andere Teil – das internationale Komitee– mit den Prinzipien des revolutionären Marxismus nur über die verbale Orthodoxie verbunden, hinter der es eben so eine Unfähigkeit der Erarbeitung eines revolutionären Programms für die Arbeiterklasse verbarg, abgesehen von der reinen organisatorischen Verteidigung der nationalen Sektionen (in den USA, in Frankreich, in England) Das I.C. degenerierte daher sehr schnell in eine Föderation nationaler Gruppen ohne gemeinsames Programm, außer verbaler Orthodoxie, und trotz seiner Selbstproklamation war es nicht in der Lage, eine internationale Organisation alternativ zu Reformismus und Zentrismus sui generis aufzubauen. Die Spaltung in rivalisierende nationale Gruppen, die "ihre eigenen " internationalen Tendenzen aufbauen wollen, wurde unvermeidlich und wir sind noch heute Zeugen der Konsequenzen.
Die Wiedervereinigung von 1963, zustandegekommen auf der Basis des Zentrismus sui generis der pablistischen Tendenz, ohne Klärung der vergangenen politischen Differenzen, war möglich unter dem Schwung des objektiven Drucks, der vom Aufschwung der Kämpfe der Kolonialvölker herrührte, insbesondere unter dem Einfluß der Erfolge, die in Kuba und Algerien im antiimperialistischen Kampf erzielt wurden.

Das Wiedervereinigungsprogramm von 1963 bestätigte erneut die Unfähigkeit, die neuen Ereignisse in einem revolutorevolutionärem Programm und in der beständigen Praxis zu vereinigen, und es bestätigte erneut die Politik der Anpassung an die Ereignisse und an politische Führungen, die dem revolutionärem Marxismus fremd sind. Die guerilleristische Degeneration des Vereinigten Sekretariats war schon in der Wiedervereinigung von 1963 enthalten, durch die kubanische Illusion, während die Anpassung an die Jugendradikalisierung, die in den Hauptthesen des neunten Weltkongresses enthalten war, später modifiziert um die politischen Organisationen, in denen diese Radikalisierung ihren Ausdruck fand, einzuschließen, mit der Theorie der "neuen Avantgarde" auf dem zehnten Weltkongreß des VS...

Der zehnte Weltkongreß hat faktisch zugegeben, daß das Vereinigte Sekretariat in der neuen Periode des Aufschwungs der Weltrevolution nach 1968 nicht in der Lage war, den Prozeß der Radikalisierung im Weltmaßstab auszunutzen, mit teilweisen Ausnahmen in einigen nationalen Situationen. Dies trifft besonders für Frankreich zu wo der größere und "frischere" Empirismus der neuen Ligue–Führung es erlaubte, schneller den Prozeß der Radikalisierung in der Jugend zu verstehen und deshalb den besten organisatorischen Nutzen daraus zu ziehen, war in anderen Länder meist unmöglich. Die organisatorische Entwicklung der Ligue (gemeint ist die LCR, die französische Sektion des VS, Anm. d.Red.) bedeutet jedoch keine programmatische Bereicherung für den Prozeß des Wiederaufbaus der Vierten Internationale, auch wenn man die positiven Beiträge nicht leugnen kann, die diese Organisation in bestimmten Situationen in Frankreich für den Klassenkampf leisten konnte.
Die Tragödie des Empirismus – in eine Methode transformiert – ist es jedoch, daß er zur schlimmsten Kapitulation führen kann, wie z.B B. die Unterstützung für ein Projekt der Klassenkollaboration, wie das von Mitterand und der Union der Linken.

Es ist offensichtlich die Aufgabe von revolutionären Marxisten, zu verhindern,daß solche Kapitulationen auftreten, aber dies ist nur durch einen harten und brüderlichen Kampf auf der Grundlage eines revolutionären Programms und der revolutionären Strategie möglich. Das ist eine der Grundlagen, über die der Wiederaufbau der Vierten Internationale läuft, von dem die Ereignisse nach 1968 und in Portugal gezeigt ahaben, daß es sich um eine dringende Notwendigkeit unserer Epoche handelt: Keine Strömung unter denen, die sich auf den Trotzkismus beziehen. hat sich als fähig erwiesen, eine Lösung für ein solches Problem zu finden – im Gegenteil, mit der Methode der Ausschlüsse und sektiererischer Selbstproklamationen haben sie alle auf die eine oder andere Weise dazubeigetragen, einen solchen Prozeß schwieriger zu machen. Von daher kommt die Notwendigkeit einer internationalen revolutionär marxistischen Tendenz, die in der Lage ist, in entscheidender Weise zum Wiederaufbau des Programms und deshalb zum Wiederaufbau der Vierten Internationale beizutragen.
Der Aufschwung der Weltrevolution ist nicht zu Ende, die objektiven Möglichkeiten, eine internationale revolutionär-marxistische Tendenz aufzubauen, die die relativ besseren Bedingungen, die der Klassenkampf bietet, ausnutzen kann, um eine neue revolutionäre Führung aufzubauen, existieren noch, aber sie werden nicht immer existieren. Wenn der Aufschwung nicht eine siegreiche Lösung in der proletarischen Weltrevolution findet, wird eine neue Periode des Rückflutens und der Demoralsierung der Arbeiterklasse folgen. Um eine solch entscheidende Aufgabe zu sehen ist es notwendig, auf allen möglichen Wegen die Überwindung der zersplitterten Situation zu unterstützen, in der sich die sich auf den Trotzkismus beziehenden Organisationen, die sich der vergangenen Fehler bewußt geworden sind, insbesondere der Gründe, die die Zerstörung der Vierten Internationale hervorriefen, und das Versagen der Versuche des Wiederaufbaus, heute befinden. Diese Arbeit kann nur in enger Verbindung mit dem Klassenkampf laufen, durch die Erfüllung konkreter Aufgaben,

z.B. solcher, wie dem Eingreifen in Ländern, in denen der Klassenkampf den höchsten Grad der Polarisation erreicht und durch die programmatische Klärung der Hauptpunkte,auf denen das revolutionäre Programm basiert. Das erste konkrete Ergebnis für die Organisationen, die eine Übereinstimmung in den Hauptpunkten, die für die Erarbeitung des revolutionären Programms notwendig sind, sowie seiner politischen und organisatorischen Konkretisierung, wird die Bildung einer internationalen demokratisch–zentralistischen Tendenz sein. Eine solche Tendenz wird weder das Produkt einer Kooperation nationaler Organisationen sein, noch die Verlängerung einer nationalen Organisation, die stärker ist als die anderen. Sondern sie wird *Produkt der Konkretisierung* einer programmatischen Übereinstimmung im internationalen Maßstab sein unter denen, die an der Diskussion teilnehmen unabhängig von der organisatorischen Stärke individueller nationaler Gruppen. Klassenkampf und revolutionäre s Programm können nicht in Meter oder finanziellen Maßen gemessen werden. Es ist der Klassenkampf selbst, der den konkretesten Test repräsentiert für die Linien und programmatischen Übereinstimmungen, die erreicht wurden.

Den Organisationen, Tendenzen und Genossen, die den dramatischen Charakter der Krise, geschuldet der Nicht–Existenz der Vierten Internationale, fühlen und die Notwendigkeit konkreter Konsequenzen einer solchen Situation in entscheidenden Momenten des Klassenkampfes zum Beispiel in Portugal, sehen, schlagen wir die organisierte Duskussion der folgenden Punkte vor, mit dem Ziel der Erarbeitung der Hauptelemente des revolutionären Programms, mit der konkreten Perspektive des Aufbaus einer internationalen revolutionär–marxistischen Tendenz.

Die Punkte, die wir zur Diskussion vorschlagen, um zur Bildung einer solchen Tendenz zu gelangen, sind die folgenden:

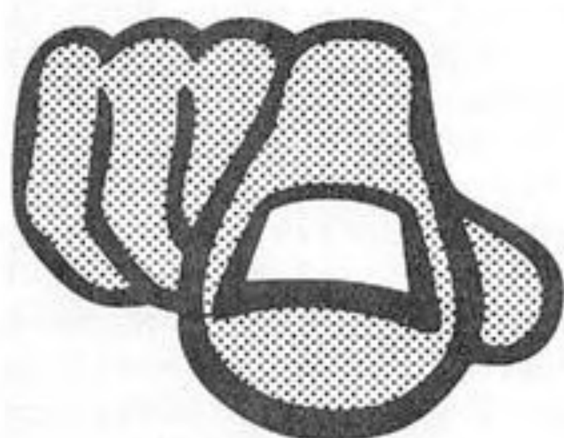
1)Die Krise des Imperialismus und unserer Epoche
2)Die politische Revolution in dne bürokratischen Arbeiterstaaten
3)Die proletarische Revolution in den neokolonialen Ländern und die nationale Frage
4) Die Volksfronten und die Arbeiterregierung
5)Die Methode des Übergangsprogramms
6)Die Krise der Vierten Internationale

Über diese Punkte hat die Diskussion bereits begonnen zwischen den Gruppen, die diesen Aufruf unterzeichnen, aber es sollten alle diejenigen teilnehmen, die den Geist dieser generellen Erklärung akzeptieren.

7.3.1976 Kommunistisches Kollektiv, Spartacus, Spartacusbund, Frazione Marxista Rivoluzionaria

(Übersetzung aus dem englischen,Anm. d.Red.)

Lehrstellen her –





SPARTACUS–Flugschrift Nr.5
Preis: 1,50 DM

Argentinien: Bankrott von Reformismus und Zentrismus!

"Die KP anerkennt die Rolle, welche die Streitkräfte im nationalen Leben spielen. Wenn die Militärjunta einen Übergang zu einem Typ von Regierung darstellt, den das Land braucht, dann wäre ein Schritt vorwärts getan. Es würden die Barrieren fallen, die sich zwischen die Streitkräfte und das Volk stellen".

"Wir glauben nicht an einen Bankrott Argentiniens, von dem die Schwarzseher und Marodeure reden. Die Republik befindet sich nicht in Liquidation. Die Kommunistische Partei glaubt an das Land, an seine riesigen Reichtümer, an sein selbstloses und tapferes Volk."

(Erklärung der KP Argentiniens, nach dem Militärputsch, zitiert nach 'IB', Nr. 8, 1976)

Die argentinische Arbeiterklasse hat eine schwere Niederlage erlitten.Der am 24.März 1976 erfolgte Putsch der Armee hatte sich bereits Monate vorher ange= kündigt,als am 18.Dezember 1975 Teile der Luftwaffe putschten,die aber von anderen Armeeführern überzeugt wurden, daß nicht der Putsch,sondern lediglich der Zeitpunkt falsch sei.Heute herrscht in Argentinien ein Regime des offenen bürgerlichen Terrors,ein Regime der grausamen und blutigen Unterdrückung der Arbeiterklasse.Die Führer des Put= sches haben aus den Reaktionen auf den Sieg der Konterrevolution über die chilenische Arbeiterklasse <u>ihre Lehren</u> gezogen.Sie üben die Repression "im stillen" aus.Tausende und abertausende Gewerkschafter und klassenkämpferische Arbeiter befinden sich in Haft oder verschwinden einfach.Die Hauptschuld an dieser schweren Niederlage der ar= gentinischen Arbeiterklasse,die die Arbeiterklasse des gesamten lateiname= rikanischen Subkontinents zurückwirft, indem sie die Diktaturen in Chile,Boli= vien,Brasilien stärkt,tragen die Par= teien der argentinischen Arbeiterbe= wegung.

Die Rückkehr Perons an die Macht 1973 fand unter gänzlich anderen Bedingun= gen statt,als seine erste Machtüber= nahme.Die argentinische Bourgeoisie setzte wieder auf den Peronismus in der Hoffnung,dieser könne die Kämpfe der Arbeiterklasse zurückdrängen und ein= schränken.Doch anders als nach dem zweiten imperialistischen Weltkrieg - als Argentinien dank der Nachfrage nach Fleisch auf dem Weltmarkt kurze Zeit einen ökonomischen Aufschwung erleb te - konnten die versprochenen 'Refor= men',denen jede ökonomische Basis fehl= te,diese Kämpfe nicht im geringsten ein= dämmen.Ohne politische Perspektive konn= te es der argentinischen Arbeiterklasse aber nicht gelingen,die Macht zu über= nehmen und ihre Diktatur aufzurichten.

Der Kampf des Proletariats blieb allein auf die Erreichung von ökonomischen Zielen gerichtet,verhinderte damit zwar ein "ruhiges" Funktionieren des Kapita=lismus,konnte andererseits aber der Vorbereitung des Putsches politisch nichts entgegensetzen."Dieses kompli=zierte Verhältnis vom Aufstieg der Klas=senkämpfe und dem Niedergang der organis=sierten Arbeiterbewegungerklärt sowohl den Zeitpunkt des Putsches als auch die Tatsache,daß die Arbeiterklasse kampflos eine Niederlage erlitten hat.Eine scho=nungslose Kritik an den verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung,die die Verantwortung für diese Niederlage tragen,ist deshalb von dringender Not=wendigkeit,um vor künftigen Niederlagen zu warnen.Die Fähigkeit zur kritischen Bilanz muß Bestandteil jeder revolutio=nären Organisation sein.Jenen Genossen aber,die mit dem Hinweis,'man könne doch keine Noten verteilen',jede Kritik zu ersticken versuchen,empfehlen wir, die politische Bühne zu verlassen und sich einem behaglichen Kaffeekränzchen anzuschließen".
(Spartacus Nr.27,s.19 - siehe die zwei=teilige Serie über Argentinien im Zen=tralorgan des Spartacusbundes).

DIE ARGENTINISCHE KP : OFFENE UNTERSTÜTZUNG DER KONTERREVOLUTION!

"Wir befinden uns jedoch vor einer neuen Realität.Wir haben die Fakten zu beurteilen,wie sie sind,und werden uns an sie halten und sie auf unsere Art beurteilen: durch ihre Konfrontation mit den Worten und Versprechungen."
(Erklärung der KPA nach dem Putsch,IB Nr.8/1976)
Die argentinische KP geht den konsequenten Weg des Reformismus.Von einer Anbiederung an den Peronismus,dessen 'Versprechungen' für bare Münze genommen wurden,von der Sabotierung jeder Kampfaktion der Arbeiterklasse,steht sie heute bei der offenen Unterstützung der Militärjunta,der sie Ratschläge erteilt.

Wer die Erklärung dieser Partei nach dem Putsch liest,den wird es nicht weiter wundern,daß die KP von der Junta nicht verboten wurde - die Militärs halten sich die Stalinisten als Reserve im Hintergrund.

Die jahrelang betriebene Politik der argentinischen Stalinisten ist nur verständlich,wenn man ihr Konzept der "Etappenentwicklung"kennt,ein Konzept,das so alt wie der Stalinismus ist und die Auslieferung der Arbeiterklasse an die Konterrevolution zur Konsequenz hat.
Das politische Konzept der argentinischen Stalinisten war so simpel wie reaktionär.Der Peronismus wurde nicht als bürgerliche Politik begriffen,die mit 'linken antiimperialistischen' Phrasen den unabhängigen Kampf der Arbeiterklasse lähmen soll,sondern dem Peronismus wurde die führende Rolle im Kampf um die nationale Befreiung,im Kampf gegen den Imperialismus zugeordnet und damit die Interessen der Arbeiterklasse denen der Bourgeoisie untergeordnet.
Doch die argentinische Bourgeoisie, schwach und parasitär,dachte nicht im geringsten daran,die Arbeiter gegen den Imperialismus zu mobilisieren.Genau das Gegenteil war und ist der Fall.Die Etappentheorie des Stalinismus,wonach zuerst die 'Nationale Befreiung',der Kampf um die bürgerliche Demokratie auf der Tagesordnung stehe,und in diesem Kampf eine Volksfront mit den 'fortschrittlichen' Teilen der Bourgeoisie auf der Tagesordnung stehe,erwies sich in Argentinien wieder einmal als das,was sie immer war:offener Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse.
Statt die Illusionen der Arbeiter in den Peronismus zu bekämpfen,wurden diese Illusionen durch die Stalinisten noch verstärkt.Die gesamte Politik der KP war auf die Aufrechterhaltung der peronistischen Regierung gerichtet,egal, welche Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse von dieser Regierung auch ausgingen.Die Aktionen der Konterrevolution wurden stets als'Verschwörung' Einzelner(Lopez Rega) oder Gruppen bezeichnet,und nicht als das erkannt,was sie waren:Vorbereitungen der Bourgeoisie zur offenen Konterrevolution.
Peron hat also selbst als todkranker Greis der Bourgeoisie wertvolle Dienste geleistet.Er hat die Arbeiterklasse politisch entwaffnet,verhindert,daß die ökonomischen Kämpfe des Proletariats den Durchbruch zur politischen Machtergreifung finden.Den wertvollsten Verbündeten hatte er in der argentinischen KP !
Alle Dokumente dieser Partei,die seit 1973 veröffentlicht wurden,sprechen die klare und offene Sprache des Verrats.

Das Proletariat wurde an die 'programmatische Erklärung' Perons gebunden,die nichts anderes als blanke Demagogie darstellte.Es war nicht Dummheit oder 'Fehler' der KP,der Arbeiterklasse jede eigenständige Waffe aus der Hand zu schlagen,wie die veröffentlichten Dokumente beweisen.So heißt es nach dem Wahlsieg der Peronisten(11.März 1973) in einem Leitartikel des Zentralorgans der argentinischen KP 'Nuestrapalabra':"Wir müssen Erhöhung der Löhne verlangen,damit sie nicht hinter den gestiegenen Preisen zurückbleiben,sondern damit im Gegenteil die Kaufkraft der Werktätigen wächst,so wie das von den Wirtschaftsorganen versprochen worden war - <u>obwohl bis zum heutigen Tag alles umgekehrt verläuft.</u>"Dieser Leitartikel zitiert Peron,der in einer Fernsehansprache vom 5. September sagte:"Wir müssen zweifellos das System ändern.Das,was viele Revolution nennen,nenne ich 'Änderung des Systems'...ich möchte zur Revolution über die Reform gelangen".Das Organ der KP fügt dem hinzu:"Die Fakten sind allerdings bescheidener",kommt aber dennoch nach einigen widerlichen Schwenks zu dem Schluß:"...uns jedoch immer davon leiten lassen,daß wir an einem Sturz der Regierung nicht interessiert sind." (Alle Zitate nach 'IB',Nr.6/1974)

PERMANENTE REVOLUTION

ist das Zentralorgan der Internationalen Kommunistischen Liga und erscheint ab Herbst 1976 monatlich.

Einzelpreis: S 5.-, DM 0.7o

Kontaktadresse: 1o1o Wien, Postfach 1454

Impressum:
Herausgeber, Eigentümer, Verleger, Vervielfältigung und für den Inhalt verantwortlich: KarlReitter, Klimschgasse 18/6, 1o3o Wien.

Jede reaktionäre Maßnahme,die nach dem Wahlsieg der Peronisten getroffen wurde, ging für die KP Argentiniens auf die Rolle von geheimnisvollen 'Verschwörern' zurück,die sich irgendwie das Vertrauen Perons.oder später das seiner Frau erschlichen hatten.Am 1.September 1974 veröffentlicht das Exekutivkomitee der KP eine Erklärung,aus der wir folgende Passage entnehmen,die in ihrer Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und die klar macht,welche Gefahren der Arbeiterklasse durch die reformistische Beschränkung auf die Erkämpfung von 'Reformen' drohen:"In einer Lage,in der Bedingungen für revolutionäre Aktionen noch nicht herangereift sind(!!!),und angesichts dessen,daß die Erfahrung mit bürgerlichen Reformen(!!!) noch nicht bis zu Ende ausgenützt ist,tragen individuelle Gewaltakte objektiv dazu bei, die Massen irrezuführen und den Ruf nach den'starken Männern',das heißt die Vorbereitung eines Umsturzes faschistischerArt zu rechtfertigen."(IB,Nr.17/18 /1974).Die Argumentation ist so alt wie der Reformismus selbst:Der Kampf der Unterdrückten ist schuld daran,daß die Gefahr des Faschismus wächst.Am Besten wäre es nach diesen Leuten,wenn die Unterdrückten aufhören würden zu kämpfen, denn:kein Kampf - kein Faschismus!

Die Politik der argentinischen Stalinisten unterscheidet sich damit um nichts von der Politik der anderen stalinistischen Parteien.An ihrem Beispiel kann man bloß exemplarisch aufzeigen,was reformistische Politik in der Praxis bedeutet.Obwohl die Parteiführung (wie aus etlichen Dokumenten hervorgeht) begriff,daß man in Argentinien wohl kaum von einer herrschenden bürgerlichen Demokratie reden konnte,daß'bestimmte Kreise' (ein von den Stalinisten aller Welt strapaziertes Schlagwort,mit dem sie den Klassencharakter einer Politik umschreiben wollen),auch in der Regierung,alle Vorbereitungen zum Generalangriff auf die Arbeiterklasse trafen, war ihre gesamte Politik auf die Erreichung von'Abkommen',auf das Wohlwollen von Generälen und Regierungsmitgliedern gerichtet.Daß sie daneben ihre Pflichthetze gegen die Guerillas der ERP betrieb,braucht kaum erwähnt zu werden. In einer Erklärung in ihrem Zentralorgan 'Nuestra palabra' vom 26.März 1975 kann man deutlich die jetzige Politik der offenen Unterstützung der Militärs erkennen:

"Es ist nicht zu übersehen,daß die Aufgabe der programmatischen Leitsätze, die unter Einfluß der profaschistischen Rechten erfolgte,den Vorwand zur Verschärfung des linksradikalen Terrors gegeben hat,einer für das Land,wie für

den Befreiungsprozeß so schädlichen Methode.Aber wie unsere Partei - gleich anderen Parteien und den demokratischen Gruppen in der Regierung - hervorhob, ist es so,wie vor kurzem ein hochgestellter Kommandeur der - Streitkräfte erklärte:der Terrorismus wird erst

POLITISCHE LITERATUR



Titel	Preis
SPARTACUS, Zentralorgan des Spartacusbundes:	
Nr. 1, 2	*0,70*
Nr. 3 (Chile-Sondernummer)	*0,30*
Nr. 4 - 21	*0,50*
Nr. 22, 23	*1,00*
Sonderausgabe zur Vaterlandsverteidigung der Maoisten	*0,20*
1 Abonnement (10 Ausgaben inkl. Sonder-Nr. u. Porto)ab 1/76	*15,00*
1 Luftpost-Abonnement (Ausland) ab Januar 1976	*25,00*
1 Förderabonnement ab	*30,0*
ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN	
Nr. 1 (Dokumente der Fusionskonferenz)	*3,00*
Nr. 2 (Einschätzung der SPD, GIM, Chile, SAG)	*5,00*
Nr. 3 (Thesen zur Arbeitslosigkeit, Lutte Ouvriere, Ceylon)	*5,00*
1 Abonnement (4 Ausgaben inkl. Porto)	*20,00*
CHILENISCHE LEHREN	*3,00*
SPARTACUS-FLUGSCHRIFTEN:	
Nr. 1 – Solschenyzin, Büttel der Reaktion	*0,50*
Nr. 2 – Marxismus und individueller Terror	*0,50*
Nr. 3 – Wahlprogramm des Spartacusbundes in Bremen	*0,50*
Nr. 4 – Kritik an Programm und Praxis des KBW	*3,00*
Nr. 5 – Lehrstellen her – sonst knallt's!	*1,50*
Nr. 6 – Rechtshilfe für Arbeitslose (in deutsch)	*0,50*
Nr. 7 – Rechtshilfe für Arbeitslose (in türkisch)	*0,50*
Nr. 8 – Die portugiesische Revolution in Gefahr (nur noch erhältlich über: Prolit, 63 Gießen, Postfach 2969)	*2,00*
Nr. 9 – Unser Kampf im RASP/Ein Soldat der SUV berichtet	
SPARTACUS, Zeitung der Kommunistischen Jugendorganisation (KJO), Ausgaben Nr. 19-43 inkl. Sondernummern	*10,00*
SPARTACUS, Zentralorgan von Spartacus/Bolschewiki-Leninisten (BL), Ausgaben Dez. 1971 - Nov. 1973 inkl. Sonder-Nr.	*10.00*
DIE VIERTE INTERNATIONALE:	
Juli 1972 – enthält u. a.: Trotzki und der span. Bürgerkrieg	*2,00*
Juni 1973 – enthält u. a.: Trotzki/Vom Plan der CGT	*3,00*

Alle Preise in DM - Bestellungen an:

1o1o Wien, Postfach 1454

dann aufhören,wenn 90% der vom Volk verlangten sozialen Reformen verwirklicht sind."(Zitiert nach 'IB',Nr.7/1975)

Was es für die argentinische KP heißt,wenn sie in dieser Erklärung davon spricht, daß es notwendig sei,die Politik der Regierung "radikal (zu) ändern",wird dann klar,wenn sie konkrete Vorschläge macht."Wir haben bereits früher gesagt und wir wiederholenes:wir wünschen nicht,daß die Regierung scheitert und daß eine große argentinische Hoffnung zunichte wird,die nach der Niederlage der Diktatur,welche im Land sieben schmerzliche Jahre hindurch gewütet hat, entstanden ist.Darum,und angesichts der ernsten Gefahr,die sich über dem Horizont unserer Heimat zusammenzieht,formuliert die Kommunistische Partei die folgenden Vorschläge:Die Frau Präsidentin soll unverzüglich einen konstruktiven,realen,wirkungsvollen,Dialog wiederaufnehmen,zwecks Erzielung von Abkommen, die erfüllt werden(!).Sie soll sich von jenen Ministern und Mitarbeitern,die sich gemeinsamen Maßnahmen in den Weg stellen - wie Lopez Rega,Ivanissevich und Otero - entschlossen freimachen und auf diese Weise auf die Forderung des Volkes hören." Man könnte lachen über Derartiges,wenn diese Leute nicht seit Jahrzehnten das Blut hunderttausender Arbeiter auf dem Gewissen hätten.Genauso hätte man an Dollfuß appellieren können, er solle sich doch von Starhemberg freimachen und auf die Stimme des Volkes hören.Daß dieses Verständnis von'Kampf' durchaus kein Privileg der argentinischen Stalinisten ist,bewies die österreichische 'Volksstimme',die nach dem Putsch schrieb,daß die "Unentschlossenheit' von Frau Peron das Zustandekommen der Einheitsfront der Arbeiterklasse verhinderte.

Ja,wir wissen,diese Frauen!

BANKROTT DES VS-ZENTRISMUS

Es wundert uns nicht im geringsten,daß die einzelnen Sektionen des 'Vereinigten Sekretariats' so wenig zu Argentinien zu sagen haben, ist doch gerade die Politik dieser internationalen Strömung,welche sich auf den Trotzkismus beruft,in diesem Land deutlich als eine verottete und verfahrene gekennzeichnet!

1968 spaltete sich die argentinische Sektion des VS, die PRT, wobei die Minderheit, die der amerikanischen SWP nahestand, als sympathisierende Sektion anerkannt wurde. Die offizielle Sektion blieb die PRT, die sich bewaffnete Einheiten, die ERP schuf und den Guerillakampf prak-

tizierte. Die Minderheit vereinigte sich mit einer Abspaltung der völlig bedeutungslosen Sozialistischen Partei!

Wenn wir das Schweigen des VS auch verstehen können, so müssen wir doch bedauernd feststellen, daß dies kein Grund für uns ist, den Bankrott des Pablismus am Beispiel Argentinien nicht aufzuzeigen. Es ist klar, daß hier nicht der geeignete Platz ist, eine genaue Analyse darüber zu schreiben (was nicht bedeutet, daß dies nicht an anderer Stelle geschehen wird), hier können wir uns nur darauf beschränken, an einigen Beispielen aufzuzeigen, welches Ausmaß der Niedergang dieser selbsternannten 'Vierten Internationale' erreicht hat!

DIE PRT/ERP: REFORMISMUS MIT DEM GEWEHR!

Um die Politik der beiden Sektionen des VS in Argentinien darstellen zu können, sind wir gezwungen auf interne Dokumente dieser 'Internationale' zurückzugreifen (wobei die Namen der Verfasser dieser Dokumente natürlich nicht veröffentlicht werden), die aber teilweise schon von der französischen OCI abgedruckt wurden - wie wir annehmen keineswegs ohne Zutun der SWP.
Übrigens: Die PRT/ERP war bis 1974 offizielle Sektion des VS in Argentinien.
Um Mißverständnissen vorzubeugen, wollen wir gleich zu Beginn feststellen, daß wir der Ansicht sind, daß eine revolutionäre Organisation in Lateinamerika natürlich über bewaffnete Einheiten verfügen muß, die einen elementarsten Schutz der Kader, vor den Banden der Reaktion sichern müssen. Diese Einheiten dürfen aber keineswegs getrennt von der politischen Arbeit der gesamten Organisation operieren. Im Gegenteil, ihre Arbeit ist Bestandteil dieser Politik. Politisch, wie auch organisatorisch sind sie einer politischen Führung (der der Gesamtorganisation) verantwortlich!
Daneben ist es uns natürlich auch klar, daß der illegale Kampf unvermeidlich gewisse Tendenzen mit sich bringen muß, die ein völliges Durchdringen der politischen Diskussion innerhalb der gesamten Organisation fast unmöglich machen, zumindest entscheidend erschweren. Wir wissen, daß es eine Sache ist, heute in Österreich revolutionäre Politik zu machen und eine andere, in Lateinamerika zu operieren, wo ständig die Gefahr der Folter und der Ermordung droht. Unsere Kritik an den Genossen der PRT/ERP ist eine solidarische (nichtsdestoweniger eine umfassende und schonungslose), der heldenmutige bewaffnete Kampf dieser Genossen wird von uns anerkannt. Die Hauptverantwortlichen für die falsche Politik der PRT/ERP sitzen nicht in Lateinamerika, sondern in BRüssel und den anderen Zentren des VS. Die Hauptverantwortlichen, daß sind die Führer dieses VS, die Mandel, Maitan und Tariqu Ali. Diese Leute diskreditieren den Trotzkismus nun schon seit Jahrzehnten. Die unerfahrenen Genossen der PRT/ERP sind damit natürlich nicht von jeder Verantwortung freigesprochen!

In der Vorbereitungszeit zum 1o. Weltkongreß des VS (der 1974 stattfand), schrieben einige Führer des VS einen Brief an die PRT, der mit dem 31.Oktober 1972 datiert ist. Gleich zu Beginn versuchen die Schreiber des Briefes sich abzusichern: "Wir wollen vorerst betonen, daß ungeachtet der möglichen Unterschiede in der Einschätzung, der von PRT und ERP seit dem V. Kongreß (der PRT) geführte Kampf für die trotzkistische und (?) revolutionäre Bewegung zweifellos einen Gewinn darstellt".
Wir werden später auf diesen Brief zurückkommen, vorerst aber verdeutlichen, worin die möglichen 'Unterschiede in der Einschätzung' bestanden. Dazu zitieren wir aus Dokumenten der PRT/ERP, die aus den Jahren 197o und 1971 stammen.

Daß die PRT voll und ganz auf den Positionen des Maoismus stand, beweist folgender Abschnitt aus dem Dokument 'Über die Dynamik und die Zusammenhänge unseres revolutionären Krieges':
"Gemäß den Eigenschaften, die die Revolution unserer Meinung nach in unserem Land annehmen wird, müssen wir unseren (!) Krieg als einen revolutionären Bürgerkrieg definieren, dessen Parolen von Anfang an antiimperialistisch sein werden, wegen des halbkolonialen Status unseres Landes. Der revolutionäre Bürgerkrieg wird in einen nationalen antiimperialistischen Krieg hinüberwachsen, weil wir gegen die Bourgeoisie und einen feindlichen Eindringling kämpfen werden müssen und weil dieser Krieg von der gesamten Arbeiterklasse und vom ganzen Volk geführt werden wird. Wir werden unsere Parolen

dann darauf ausrichten, Teile der oberen Schichten der Klein- und Mittelbourgeoisie sowie Teile der Repressionskräfte zu neutralisieren. Damit wird unser Krieg einen vaterländischen Sinn annehmen(!)...In diesem Sinn können wir sagen, daß der revolutionäre Bürgerkrieg, der vonSektoren der Avantgarde entwickelt wurde (!), in unserem Land begonnen hat (!)".

Wie weit die PRT vom Marxismus entfernt ist, wird aus diesen Zeilen deutlich. Zum einen, in der Auftrennung des Kampfes nach Etappen ('revolutionärer Bürgerkrieg' und 'nationaler antiimperialistischer Krieg') zum anderen in der Anpassung der Parolen (die ja nichts anderes als Ausfluß des Programmes sind) an die oberen Schichten der Klein- und Mittelbourgeoisie (was immer das auch heißen mag) und 'Teile der Repressionskräfte'. Daß dann dieser 'Krieg' als 'vaterländischer' bezeichnet wird, ist bloß logische Konsequenz dieser Anpassung an die Bourgeoisie. Die völlig ultralinke Stellung zumBürgerkrieg wird klar, wenn in einer Situation, in der die PRT über fast keinen Einfluß in der Arbeiterklasse verfügen kann, in der das Proletariat noch weitestgehend vom Peronismus dominiert wird, vom Beginn des 'revolutionären Bürgerkrieges' gesprochen wird. Die Aktionen isolierter Guerillas, werden an die Stelle der Kämpfe der Massen gesetzt, das 'mutige Beispiel' soll diese Massen in den Kampf ziehen!

Wenig später wird das völlige Abgehen vom marxistischen Verständnis von Klassenkampf und Bürgerkrieg noch zementiert:

"...und heute stehen wir vor einer viel konkreteren Tatsache: Der revolutionäre Bürgerkrieg hat begonnen!".

Das reformistische Politik und bewaffneter Kampf - in gewissen Situationen - keineswegs einander ausschließende Elemente sind (wie es uns die Zentristen weismachen wollen), beweist eindeutig das Programm der ERP, daß ein durch und durch reformistisches Programm ist, ein Programm welches sich in nichts von dem der KPA unterscheidet. Wir wollen hier nur den Schluß dieses Programms zitieren:
"Argentinier! Die revolutionäre Volksarmee ruft alle Patrioten auf, ihre Verantwortung zu übernehmen, ihren Kampfposten zu besetzen in unserem revolutionärem Volkskrieg, in diesem Krieg für die zweite Unabhängigkeit. General San Martin und Che Guevara sind unsere Hauptvorbilder: Ihren Ideen und Taten, wie auch denen unserer Helden und Märtyrer von gestern und heute nacheifern, daß ist die Aufgabe der Stunde! Für Argentinien siegen oder sterben!".
Wir wiederholen: Die PRT/ERP war bis 1974 die offizielle Sektion des VS in Argentinien!

Wir werden - wie schon gesagt - an anderer Stelle ausführlicher auf die VS-Politik in Lateinamerika eingehen, aber schon aus dem Wenigen, bis jetzt gesagten und zitierten geht klar hervor, daß die Sektion des VS in Argentinien mit dem Marxismus gebrochen hatte. Hier mit der 'Unerfahrenheit' oder der Illegalität zu kommen,wäre blanke Demagogie.

Die Politik der PRT/ERP ist nichts anderes als Anpassung an radikal-kleinbürgerliche Strömungen, wie sie in Lateinamerika nach der kubanischen Revolution entstanden waren. Diese Politik der Anpassung wurde vom VS auf dem IX. Weltkongreß theoretisch formuliert. Die 'Lateinamerika-Resolution' dieses Kongresses lieferte den theoretischen Unterbau für die Politik der PRT/ERP - wenn wir auch wissen, daß Mandel, Maitan usw. nicht alle Positionen der Sektion teilten. Auf diesem IX. Weltkongreß wurde die Guerilla-Konzeption - obwohl bereits praktisch bewiesen war,daß sie zu einer Isolierung und Niederlage führen muß - übernommen und mit etwas 'trotzkistischer' Tünche verschönert.
Die Gewerkschaftsarbeit, die Arbeit der Revolutionäre in den proletarischen Zentren bekam für das VS eine bloß 'unterstützende' Funktion, wenn in dieser Resolution festgestellt wurde:
"Sogar in den Ländern, in denen vorher große Mobilisierungen und Klassenkonflikte in den Städten ausbrechen können, wird der Bürgerkrieg zahlreiche Formen des bewaffneten Kampfes annehmen,dessen Hauptachse für eine ganze Periode der Guerilla-Kampf auf dem Lande sein wird". (Lateinamerika-Resolution des VS, 1969, zitiert nach 'Internationale', sondernummer 1, Seite 1o7)

So wichtig die Bewaffnung der Revolutionäre in Lateinamerika auch ist, so geht aus dieser Resolution doch eindeutig hervor, daß dieser Aufgabe Priorität vor der politischen Verankerung in der Arbeiterklasse gegeben wurde. Wenn die Führer des VS in dem eingangs erwähnten Brief an die PRT feststellen, daß es der Organisation, trotz objektiv günstiger Bedingungen nicht gelungen ist, sich in der Klassen zu verankern, dann 'vergessen'

sie allerdings ihren entscheidenden Beitrag dazu zu erwähnen!

Um die Stellung der PRT zur Internationale wiederzugeben, genügt es einen kurzen Abschnitt des entsprechenden Dokumentes zu zitieren:
"Andererseits stellen die kommunistischen und Arbeiterparteien der revolutionären Arbeiterstaaten, die kommunistischen Parteien Chinas und Kubas, die Partei der Arbeit Albaniens, die Arbeiterpartei Vietnams und die kommunistische Partei Koreas die revolutionären Strömungen dar, die eine revolutionäre Linie verfolgen.Einige kämpfen in enger Verbindung miteinander oder werden es tun. Diese Parteien entwickelten und entwickeln auf verschiedenen Stufen den einwandfreisten und entschlossensten Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus"! Wenig später wird in diesem Dokument noch festgestellt, daß die trotzkistische Bewegung 'heterogene' Zonen umfasse, die von 'konterrevolutionären Abenteurern' bis 'konsequenten Revolutionären' reichen (wobei die Genossen der PRT im letzteren Falle wohl an sich selbst dachten).
Das sind einige der 'möglichen Unterschiede in der Einschätzung', wie in dem Brief an die PRT gesagt wird!

Für die Führung des VS hieß dies alles, keineswegs konsequenten Kampf gegen die Führung der PRT/ERP, der logischerweise eine Spaltung der Sektion zur Folge gehabt haben müßte. Nein, die PRT kämpfte ja mit dem Gewehr in der Hand und das war genau das, wovon Mandel und Maitan schon seit Jahren träumten: Einmal eine Sektion in den Reihen des VS zu haben, die den 'bewaffneten Kampf' aufnimmt. Daß dabei programmatische Fragen völlig bedeutunglos wurden, ist klar. Natürlich, man kritisierte die 'ärgsten Ausrutscher' der PRT, aber man stellte gleichzeitig fest, daß "es außerordentlich schwierig (ist), eine politische und organisatorische Bilanz der PRT zu ziehen", wie die Einschätzung eines führenden VS-Genossen lautet.

Wie schätzt nun der zuletzt erwähnte VS-Genosse die PRT ein? "sie ist eine komplexe Mischung 'castristisch-maoistisch-trotzkistischer' Art"! Diese Einschätzung stammt aus dem Jahre 1972.
In dieser blödsinnigen Formulierung steckt allerdings ein Kern Wahrheit.
Die Politik der PRT/ERP ist tatsächlich konsequentester Ausdruck des pablistischen Revisionismus, konsequentester Ausdruck der Anpassung an kleinbürgerliche und reformistische Strömungen, wie eben den 'Fidelismus'.

Das revolutionäre Programm, die unabhängige revolutionäre Organisation wird der Anpassung an diese Strömungen geopfert, die insgesamt zu 'Avantgarden' hochgejubelt werden. Was in Europa die Studentenbewegung mit all ihren Splittern ist, daß stellt in Lateinamerika eben der 'Fidelismus', die kleinbürgerliche Guerilla-Bewegung dar.

Die PRT/ERP hat dieser politischen Methode bloß den konsequentesten Ausdruck gegeben, sie hat die praktischen Konsequenzen gezogen. Dabei konnten die Führer des VS natürlich nicht mitgehen. Das war ja alles nicht so gemeint!

DIE PST: MIT EINEM FUSS IM LAGER DES REFORMISMUS !

Auf dem IX. WEltkongreß wurde die PST als sympathisierende Sektion des VS anerkannt. Sie stand der internationalen Minderheit, geführt von der amerikanischen SWP nahe. Die Politik dieser Minderheit ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß demokratische Forderungen verabsolutiert und aus dem Zusammenhang des revolutionären Programms gerissen werden. In gewissen Stadien des Klassenkampfes (vor allem in unterdrückten Nationen) können natürlich demokratische Forderungen einen hohen Stellenwert einnehmen. Wesentlich dabei ist aber, daß die Arbeiterklasse für diese Forderungen mit ihren Methoden und mit ihrem Programm kämpfen muß.Werden demokratische Forderungen allein in den Mittelpunkt des Kampfes gestellt, wird dies letztlich zu einer Anpassung an die Bourgeoisie führen müssen.

Deutlich wurde dies bei der PRT, der sympathisierenden Sektion des VS in Portugal, die ebenfalls der internationalen Minderheit nahesteht. Ihre Ausrichtung auf die Konstituante führte sie ab dem Zeitpunkt, wo diese das Instrument der Konterrevolution war, objektiv ins Lager der Sozialdemokratie. Ihre Denunzierung der Abwehraktion der Soldaten von Tancos am 25. November 1975 als 'Linksputsch', ihre Wahllosung: 'SP-Alleinregierung den Arbeiterabgeordneten verantwortlich'führte sie in das Lager des Mario Soares.

Revolutionäre werden dann für demokrati-

sche Forderungen kämpfen, wenn die Aufnahme solcher Losungen nicht den Klasseninteressen des Proletariats widerspricht, wenn diese Forderungen den Klassenkampf

POLITISCHE LITERATUR (Anzeige)

Titel	Preis
SCHRIFTEN VON LEO D. TROTZKI:	
Übergangsprogramm/Schriften zum Programm	6.50
Verteidigung des Marxismus	17,80
Frau, Familie und Revolution	3,00
Verratene Revolution	8,00
Kopenhagener Rede/Drei Konzeptionen der russ. Revolution	3,80
Ihre Moral und unsere	3,00
Stalins Verbrechen	16.80
England/Europa und Amerika	11,80
Trotzki, Kamenew, Radek u. a./Die Rote Armee	4,00
Trotzki/China – die erwürgte Revolution, Bd. 2	18,80
Dokumente der Linken Opposition in der SU 1924-25/Bd. 2	26,80
Leon Sedow/Rotbuch über den Moskauer Prozeß (1936)	4,00
E. Preobrazenskij/Die neue Ökonomik	18,80
Leitsätze der Komintern zur Organisationsfrage	1,00
Abraham Leon/Judenfrage und Kapitalismus	9,80
V. Serge/Klassenkämpfe in der chines. Revolution von 1927	9,80
G. Plechanow/Grundprobleme des Marxismus	5,00
Larissa Reissner/Hamburg auf den Barrikaden	2.20
Karl Retzlaw/Spartakus – Aufstieg und Niedergang	25,00
IKD/Grundlagen der bolschewistischen Parteitheorie	5,00

Eine Liste mit spanischer, portugiesischer und persischer revolutionärer Literatur kann über die Verlagsadresse angefordert werden.

Neuerscheinungen und Neuauflagen:

*** Leo Trotzki - Ihre Moral und unsere, 48 Seiten - 3,00**

*** SPARTACUS-Flugschrift Nr.10: Unser Kampfprogramm gegen die Krise, 28 Seiten - 1,00 DM**

*** Sonderausgabe von Ergebnisse & Perspektiven Nr.1 - Inhalt:**
- Spartacusbund: Die vierte Internationale wiederaufbauen
- Interview mit einem ehemaligen Mitglied der SAP
- Revolutionary Communist Group/England: Die Frage der Internationale
50 Seiten, 3,00 DM

*** Frazzione Marxista Rivoluzionaria: Problem della Rivoluzione Portoghese 285 Seiten - 9,00 DM**

Bestellungen an:
Ergebnisse & Perspektiven Verlags- und Vertriebs-GmbH
43 Essen 12, Altenessener Str. 337
Postscheckamt Essen, Kto-Nr. 377 31-437
Portopauschale: 1,50 DM/Ausland 2,50 DM

Alle Preise in DM - Bestellungen an:

1o1o Wien, Postfach 1454

der Arbeiter nicht behindern. In der Praxis zeigte sich auch in Portugal,daß die Politik der Minderheit des VS gefährlich nahe an den Reformismus, d.h. an die Konterrevolution führt.

Wie sah nun die Politik der PST in Argentinien aus?

Wir zitieren hier eine Kritik der Mehrheit des VS aus dem Jahre 1973:

"Schließlich hat sie (die PST, d. V.) in einer Optik des Wahlfetischismus ein Übereinkommen über den politischen und organisatorischen Zusammenschluß mit dem Coral-Flügel der PSA abgeschlossen, die nie einen noch so unbedeutenden Einfluß in der Arbeiterklasse gehabt hat. Im Namen dieser Partei hat sie an der Wahlkampagne teilgenommen und für die PST neue Mitglieder gewonnen mit Methoden, die nichts zu tun haben mit den Methoden trotzkistischer Organisationen. Gegenüber dem Peronismus hat sie rein propagandistische Stellungnahmen mit klar opportunistischen Einstellungen (s. Forderung nach Aufstellung von 8o% Arbeiterkanditaten auf den Listen der FREJULI - der Liste der Peronisten -, die Antwort auf eine Einladung Camporas, die ein ausdrückliches Angebot zur Zusammenarbeit enthielt usw.). In ihrer täglichen Praxis legt die PST eine nachtraberische und opportunistische Konzeption des Aufbaus der Partei an den Tag. Sie umgeht nicht nur in der heutigen Etappe, sondern auch in ihren programmatischen Formulierungen das Problem des bewaffneten Kampfes".

Die Haltung der PST gegenüber dem Peronismus wird deutlich, wenn sie anläßlich eines Konfliktes zwischen PST-Mitgliedern und Gewerkschaftsbürokraten die Intervention Camporas verlangt:
"Dr. Campora, ernennen sie eine Kommission für die Untersuchung der Vorfälle... wir ersuchen sie darum, weil sie durch die Stimme der arbeitenden Klasse unterstützt wurden und weil sie ankündigten unter ständiger Befragung der Arbeiterklasse regieren zu wollen". Völlig zu Recht fragt der Genosse der Mehrheit, aus dessen Dokument wir zitierten: "Seit wann Genossen Leninisten-Trotzkisten werden bürgerliche Politiker gebeten, 'unparteiische' Richter und 'Untersuchungskommisare' in internen Konflikten der Gewerkschaften zu sein!".

Die verbale Orthodoxie der Minderheit des VS, ihre Kritik an der Lateinamerika-Resolution der Mehrheit entlarvte sich in Argentinien als rechtsopportunistische Anpassung an die bürgerliche Legalität. Wenn die Genossen der Minderheit es natürlich auch entrüstet zurückweisen werden, wenn wir sagen, daß ihrer gesamten Politik ein Etappenmodell zugrunde liegt - in der Realität der Politik der PST ist dies bewiesen!

Diese Organisation war sogar bereit einen Burgfrieden mit der Bourgeoisie zu schließen. In ihrem Zentralorgan 'Avanzada Socialista' vom 16.5.73 heißt es: "Konkret wollen wir,...daß der Waffenstillstand auf der Basis der Arbeiterkontrolle über die Buchhaltung und die Produktion vorgeschlagen und auf Grund eines von den Arbeitern gewährleisteten Wirtschaftsplanes das Land wiederaufgebaut wird". Übergangslosungen, die die Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Bourgeoisie und zum Kampf um die Macht mobilisieren sollen, als Mittel den Klassenfrieden herzustellen! Deutlicher kann der politische Bankrott nicht dargestellt werden!

Wenn wir nicht irren, dann ist die PST noch immer sympathisierende Sektion des VS.

Die GRünde für die Niederlage der argentinischen Arbeiterklasse konnten wir hier nur andeuten. Die volle Verantwortung für diese Niederlage tragen diese Parteien und jene, die sie international stützen, anstatt eine revolutionärePartei in Argentinien aufzubauen.

Das VS hat eine weitere Stufe seines politischen Niedergangs erlebt.

Ultralinkes Abenteurertum der Mehrheit, völlige Anpassung an kleinbürgerliche Guerillaströmungen, gehen einher mit einer rechtsopportunistischen Politik der Minderheit, die ständig am Sprung ins Lager der Reaktion ist.

Wiederaufbau der Vierten Internationale, das machen die EReignisse in Argentinien deutlich, daß bedeutet die einzige Garantie für die Lösung der Führungskrise der Arbeiterklasse!

Leb wohl, Genossin Ulrike!

Die internationale Boulevardpresse triumphiert. Die 'rote Ulrike' ist nicht mehr. Ulrike Meinhof wurde ermordet. Völlig unbedeutend bleibt dabei, ob verruchteMörderhände ihrem Leben ein Ende setzten, oder ob dies durch die eigenen geschah. Die Mörder, daß sind diejenigen, die für die jahrelange Folter an den politischen Gefangenen verantwortlich sind. Die Mörder, daß sind jene, die auch für den Tod von Holger Meins verantwortlich sind!

Diejenigen, die von und mit der Lüge leben, die ihre gesamte jämmerliche Existenz in den Dienst dieser Ausbeuterherrschaft gestellt haben, können ihr schadenfrohes Grinsen kaum verbergen. 'Das wäre geschafft'. Die Hetze und Verleumdung, das Kesseltreiben, die Isolationsfolter, der Schauprozeß, daß alles hat nun seine 'Früchte' getragen. Ulrike Meinhof ist nicht mehr!

Reformisten und Zentristen jeder Couleur nicken bedächtig mit dem Kopf: "Man hat es ja schon immer gesagt. So geht das nun einmal nicht! Ja, ja, freilich auch wir wollen den Sozialismus. Aber, um Himmelswillen nicht so schnell!! Bedächtig langsam, Schrittchen ums Schrittchen!"
Die 'Kritik' an der politischen Methode der RAF hatte von der Seite dieser Leute stets nur einen Sinn - der Bourgeoisie zuzurufen:"Seht her, wir sind ja gar nicht so, wie diese Kleinbürger! Wir sind vernünftig!"

Die Kritik der Revolutionäre am Anarchismus unterscheidet sich fundamental von dieser Anschmiererei des Reformismus und Zentrismus.

Anders als jene haben wir nicht die geringste Absic ht von 'Humanität' und

dergleichen zu faseln. Der Kampf gegen eine Gesellschaft, die auf der Unterdrückung und Ausbeutung von Millionen und Abermillionen beruht ist berechtigt. Die Schreiberlinge der herrschenden Klasse, die den Völkermord in Asien, Lateinamerika und Afrika verschweigen und gutheißen, die die 'freie Marktwirtschaft', in der die Arbeiterklasse ausgepreßt wird, als die beste aller Gesellschaftsordnungen gutheißen - sie haben kein Recht, über den 'Terror' des Anarchismus zu urteilen.

Die Reformisten, die die Arbeiterklasse Chiles, Argentiniens und Indiens in die Niederlage getrieben haben, die seit Jahrzehnten ihre Funktion als Agent der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung erfüllen - sie haben kein Recht, sich als 'Sachverständige' aufzuspielen.

Die Kritik der Revolutionäre an der anarchistischen Bewegung ist eine zutiefst solidarische. Die Genossen der RAF erkannten den Unterdrückungscharakter der bestehenden Gesellschaftsordnung, aber sie verzweifelten an der Passivität des deutschen Proletariats. In der Erkenntnis, daß diese bürgerliche Gesellschaftsordnung auf der Unterdrückung von Millionen Entrechteter basiert, waren sie stehengeblieben und hatten nicht den Weg zum revolutionären Marxismus - zum Trotzkismus - gefunden.

Das Verzweifeln an der Passivität des deutschen Proletariats, die Ungeduld schnell etwas zu erreichen, führte sie zum individuellen Terror.
Wir Marxisten lehnen den individuellen Terror nicht aus irgendwelchen 'humanistischen' Gründen ab, sondern deswegem, weil er die Revolutionäre von der Arbeiterklasse isoliert und weil wir wissen, daß nur diese Arbeiterklasse den Umsturz der bestehenden Klassenherrschaft durchführen kann. Die Passivität der Arbeiter ist nicht durch den heldenmutigen Einsatz einer kleinen Gruppe zu überwinden, die als Vertreter der Arbeiterklasse kämpft und durch das Beispiel erreicht, daß die Arbeiter in den Kampf treten!
Nein! Nur der beharrliche Aufbau der revolutionären Partei, der geduldige Kampf innerhalb des Proletariats gegen den Reformismus kann zum Ziele führen. Wir sind verschiedene Wege gegangen, Genossen der RAF. Eurer Weg kann nicht zum Ziele führen,
Die 'soziale Marktwirtschaft' hat ihr Opfer und ihren Schauprozeß. Die herrschende Klasse und ihre Lakaien haben gezeigt, daß sie jeden der sich ihnen in den Weg stellt, jeden der dieser Gesellschaftsordnung den Kampf ansagt, zu vernichten trachtet.
Euer Triumph, ihr 'Damen und Herren' der 'besseren Gesellschaft' wird nicht von langer Dauer sein. Jeder Tag des Bestehens dieser Gesellschaft, jeder Tag unseres Kampfes, des Kampfes eurer Opfer in aller Welt untergräbt eure Herrschaft und bringt uns näher zu dem Ziel für das Ulrike Meinhof gekämpft hat und für das sie nun gestorben ist.
Leb wohl, Genossin Ulrike!

UNSERE GANZE LEIDENSCHAFT, ALLE UNSERE SYMPATHIEN SIND MIT DEN SICH SELBST OPFERNDEN RÄCHERN, AUCH WENN SIE UNFÄHIG WAREN, DEN RICHTIGEN WEG ZU FINDEN". (LEO TROTZKI)



VERRATENE REVOLUTION



TROTZKI

1936

»Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie ?«

Paperback
300 Seiten

8,00DM

